

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 20. April 1932
14. Jahrgang, Nr. 92

Werkzeuge!
Geht für den Wahlfonds
der KPD!

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Tschelmer Straße 50. Fern-
sprecher 460 99. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Tschelmer Straße 50 (Korres-
pondenz). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schließke Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Tschelmer
Straße 50. Fernsprecher 460 99.

Appell des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei:

Sozialdemokratische Arbeiter! Gewerkschaftler! Reichsbannerkameraden! Klassengenossen!

Bei der deutschen Arbeiterklasse stehen große Ent-
scheidungen. Stehen Kämpfe von ungeheurer Tragweite.

Die kapitalistische Gesellschaft wankt in ihren Grundfesten.
Die Krise des Kapitalismus, die sich immer gewalt-
samer zuspitzt, packt die Machthaber der bürgerlichen Welt am
Genick. Die größten Firmen krachen zusammen. Die reichsten
und berühmtesten Konzerne werden vom Bankrott geschüttelt. Als
Niede und Bankrotteure, als Hochkapitel und Plebetemocher steht
das Häuflein schwerreicher Kapitalisten da das sich anmaßt, über
Millionen ausgebeuteter Arbeiter zu herrschen.

Die geschichtliche Entscheidung für den Sturz,
für die Vernichtung des Kapitalismus reift unvermeid-
lich heran. Wir sagen euch, sozialdemokratische Klassen-
genossen: Bei dieser großen geschichtlichen Entscheidung
dürft ihr nicht beiseite stehen!

Die Erschlitterung des Kapitalismus, die fortschreitende Krise
des herrschenden Ausbeuterregimes drückt die arbeitenden Massen
Deutschlands in eine Elendslage herab, wie sie seit einem
Jahrhundert nicht mehr gelehrt wurde.

Erwerbslosigkeit, Hunger, bitterste Not herrscht im arbeitenden Volke

Katzen stehen die alten bürgerlichen Parteien dem Zu-
sammenbruch der kapitalistischen Weltordnung gegenüber.

Die sozialdemokratischen Parteiführer fordern
von euch: Ihr sollt in Geduld und Ergebung alle Nöte und
Pillen der Gegenwart hinnehmen, denn es würde eines Tages
wieder besser werden. Die sozialdemokratischen Parteiführer
wollen den Kapitalismus, der aus den Fugen geht, mit
parlamentarischen Mitteln wieder in den Rahmen und zu-
sammenheften. Die reformistischen Gewerkschaftsführer
fordern von euch: Ihr sollt jeden Lohnabbau über euch er-
gehen lassen. Ihr sollt jede Verschlechterung eurer Lage ruhig
hinnehmen. Ihr sollt den langsamen Niedergang eurer Familien
und eurer Kinder stillschweigend mit ansehen — nur damit die
Ruhe und Ordnung der Kapitalisten nicht gefährdet wird. Die Be-
schlüsse des sogenannten „Krisenkongresses“ des ADGB und die
Reden, die dort von Stegerwald und Braun gehalten wurden,
bringen euch nicht Brot und Arbeit. Man will die Er-
werbslosen, besonders die Jugendlichen, in die Zwangsarbeit der
Arbeitsdienstpflicht pressen.

Die Nationalsozialisten, diese Partei der
Unternehmer, diese Hohenzollern-Partei, diese
faschistischen Soldnerbanden, üben unter den Augen der preußi-
schen Koalitionsregierung den wildesten Terror gegen die
Arbeiterklasse aus. Sie sind ebenso wie alle anderen
Parteien vollkommen außerstande, auch nur den geringsten Schritt
gegen die kapitalistische Krise und gegen die heraufziehende
Hungersnot zu unternehmen. Sie können die Not nur noch
größer, das Elend nur noch grauämiger die Knechtschaft der
Werttätigen nur noch unerträglich machen.

Es gibt nur eine einzige Partei, die allen Ar-
beitern klar und offen sagt, daß der Kapitalismus
gestürzt werden muß, damit das Proletariat leben
und die Schrecken der Krise von seinen Schultern
abshütteln kann.

Wir verschmähen es, die Massen durch parlamentarische
Winkelzüge irrezuführen. Wir haben es nicht nötig, euch, wie
die Pfaffen, auf eine ferne Zukunft zu verströhen, damit ihr wehr-
los den Hunger der Gegenwart ertragt. Wir rufen euch zum
unerschrockenen, proletarischen Kampf für eure
brennendsten Tagesforderungen gegen den Kapitalismus und alle
seine Trabanten. Wir fordern euch auf, mit allen kapitalistischen
Ausbeutern, mit allen kapitalistenfreundlichen Parteien, mit allen
kapitalistischen Betrugsmanövern rücksichtslos zu brechen. Wir
treten vor euch mit voller Offenheit und Ehrlichkeit als die

einzigste antikapitalistische Partei in Deutschland

Der Sozialismus ist keine ferne Zukunft!
Blickt auf die Sowjetunion! Dort hat die Arbeiter-
klasse, gestützt auf das Rätekystem in wenigen Jahren gegen eine
Welt von Widerständen gewaltige Erfolge des sozia-

listischen Planwirtschaft errungen. Selbst die erbittertesten
Gegner Sowjetrußlands können heute nicht mehr leugnen, daß es

dort mit Riesenschritten vorwärts geht.

Trotz größter Schwierigkeiten entgeht dort — dank der sozia-
listischen Schöpferkraft von 165 Millionen arbeitender Menschen —
aus der Not und Finsternis der Vergangenheit eine neue
Weltordnung, die zukunftsreiche sozialistische
Gesellschaft, in der es weder Arbeitslosigkeit
noch Lohnabbau, weder Notverordnungen noch
Faschismus gibt.

Sozialdemokratische Arbeiter!

Ihr alle erlebt mit tiefer Empörung, welche Frechheiten
und Gewalttaten sich die Hiltlerbanden im heutigen Deutschland
gegen die Arbeiterklasse erlauben dürfen! Ihr alle wünscht
nichts hehnllicher, als einen unbarmherzigen Kampf, eine ent-
schlossene Abrechnung mit dem deutschen Faschismus vorzunehmen.
Ihr SPD-Arbeiter, ihr Freigewerkschafter, ihr
Reichsbannermitglieder habt den Willen, daß die
Nazipest aus Deutschland verschwinden möge. Tausende von
euch haben Schulter an Schulter mit den kommunistischen Arbeit-
tern im Kampfe gegen die SA ihren Mann gestanden.

Aber eure Führer, eure Minister, eure Polizeipräsidenten, wollen keinen Massenkampf gegen den Faschismus.

Sie fordern euch auf, stillzubleiben. Sie verbieten euch
wie uns die Straße. Sie sagen euch: „Hindenburg wird den
Faschismus besiegen.“ Oder die sagen euch: „Die preussische
Polizei will den Faschismus im Raum halten.“

Das Verbot der SA, von Hindenburg ausgesprochen,
steht nur auf dem Papier und dient nur als Deck-
mantel für die weitere Verschärfung des faschisti-
schen Kurzes gegen die Arbeiterklasse.

Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn ihr den betrüge-
rischen Versprechungen eurer Führer glaubt. Hindenburg
der ein Leben lang für die Reaktion gestritten hat,

Hindenburg, der jetzt sogar Groener zum Vorgehen gegen das Reichsbanner auf- gefordert hat,

Hindenburg, der wilhelminische General, wird stets an der
Seite der Faschisten gegen die Arbeiterklasse
stehen. Und die preussische Volkzeit? Habt ihr nicht selbst in den

letzten 14 Jahren unendlich oft erlebt, daß die Schupooffi-
ziere mit den Faschisten zusammengehen?

Ihr kennt die vierzehnjährigen Erfahrungen
der Weimarer Republik. „Kampf gegen Rechts!“
Welcher Arbeiter lacht nicht darüber? Mit dieser Phrase, mit
diesem Versprechen wurde noch jedesmal ein neuer Anschlag
gegen die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein-
geleitet.

Unter den Fittichen der Weimarer Verfassung ist die Nationalsozialistische Partei stark und groß geworden

Unter der Verfassung der Weimarer Republik
besitzt man das Streikrecht, die Pressefreiheit, die Versamm-
lungs- und Demonstrationenfreiheit der Arbeiterklasse.

Von den Gerichten der Weimarer Republik werden
die Nationalsozialisten freigesprochen und die Arbeiter eingekerkert.

Unter den Notverordnungen der Weimarer Re-
publik werden die Arbeitslöhne bis aufs Messer herabge-
drückt, alle sozialpolitischen Rechte zertrümmert, die Arbeitslosen-
unterstützung abgedrosselt.

Im Namen dieser Weimarer Republik, im Namen des
bürgerlichen Staates im Namen des kapitalistischen Systems ruft
man euch in Preußen zur Wahl der Sozialdemokratischen Partei

Wir Kommunisten sagen euch mit allem Ernst und aller
Offenheit: Wenn ihr diesem Rufe zur Wahl der Sozial-
demokratischen Partei folgt, geht ihr nur neuen Ent-
sätzungen, bitteren Leiden, schwersten Nöten
entgegen. Kein Hindenburg, keine Volkzeit, keine sozialdemokra-
tische Regierung in Preußen oder anderen Ländern kann und
will die steigende Gefahr des Faschismus von euren Häuptern
abwenden, denn sie sind selbst die Helfershelfer des Faschismus.
Dem Faschismus zurückwerfen kann

nur die rote Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterklasse

Den Faschismus schlagen, vollständig schlagen, endgültig
schlagen, kann nur der einheitliche Massenkampf, der
rücksichtslos konsequente Klassenkampf des deutschen
Proletariats.

Wir Kommunisten treten mit allen uns zur Verfügung
stehenden Mitteln für die sofortige Herstellung der roten Einheits-
front, für die unbeirrbar Durchführung des proletarischen
Klassenkampfes gegen den Kapitalismus ein. Wir sind die
einzige antifaschistische Partei.

Dafür werden wir von euren Führern verleumdet und verfolgt.
Dafür werden wir beschimpft und geächtet. Aber wir lassen uns
durch keine Macht der Welt an der Erreichung des großen Zieles
hindern, für das wir seit dem Bestehen unserer Partei,
seit den Revolutionstagen von 1918 unbeirrbar und unwandelbar
kämpfen:

für die Einheitsfront des Proletariats, für den
Sturz des Kapitalismus, für die Aufrichtung eines
freien sozialistischen Vaterlands.

Dafür kämpft die Kommunistische Partei im Geiste von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Nur auf diese Weise, auf
proletarische Weise ist es möglich, das deutsche Proletariat
vom Faschismus zu retten.

Sozialdemokratische Arbeiter, Klassengenossen!

Brüht unbefangen und ruhig die Erfahrungen der letzten
14 Jahre. Seit 1918 haben eure Führer im Reich und in den
meisten Ländern regiert.

Freiheit, Demokratie, Sozialisierung — das
haben sie euch versprochen.

Hunger, Faschismus, Krieg — das haben sie
euch gebracht.

Wir Kommunisten machen euch keine billigen Versprechungen!
Wir zeigen euch keinen mühelosen Weg ins Glück!

Wir zeigen euch den Weg des Kampfes.

WÄHLT



KOMMUNISTEN

Über es ist der Weg des Sieges, der Weg des Sozialismus.

Ihr wollt nicht Lohnabbau, nicht Unterdrückungsabbau, nicht Verkleinerung der Sozialversicherung, nicht Faschismus, nicht imperialistischen Krieg — also vertraut keinem Versprechen der Regierung, der Sozialdemokratischen Partei, der reformistischen Gewerkschaften! Vertraut nur auf die eigene Kraft der Arbeiterklasse!

**Kampf gegen Lohnabbau!
Kampf gegen Unterdrückungsabbau!
Kampf gegen Faschismus!**

Stämpf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher, die einen neuen Überfall gegen das russische Proletariat vorbereiten!

Wir rufen euch zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten, mit den parteilosen Arbeitern, gegen Massenentlassungen, für höheren Lohn, für Brot, für eure Arbeitsbeschaffungsforderungen.

Wenn in den entscheidenden Betrieben, wenn an den Stempelstellen, wenn in den freigewerkschaft-

lichen Organisationen wenn in den Proletariatsvereinen aller deutschen Städte und aus dem Lande die Arbeiter gemeinsam ihre Kampfmaßnahmen beraten und durchführen werden, dann wird die rote Einheitsfront den Faschismus verjagen, sie wird den Lohnabbau und den Unterdrückungsabbau verhindern.

Schaut euch sehr zusammen! Laßt euch durch keine Zwangsmaßnahmen eurer Führer einschüchtern! Denkt an die großen Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands, an das Vermächtnis von Marx und Engels, von Bebel und Liebknecht, die euch jahrzehntlang gelehrt haben: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Auf zum Kampf! Der Sieg muß unser sein!

Für die rote Einheitsfront!

**Roten Preußen für ein freies sozialistisches
Väterdeutschland!**

Wählt Kommunisten, Liste 4!

Berlin, 18. April 1932.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Erwerbslosen demonstrieren

Breslau, 20. April. Wie man uns berichtet, sammelten sich gestern Nachmittag in den verschiedensten Stadtteilen die Erwerbslosen in großer Zahl. So wurden zum Beispiel an der Wohlfahrts-bleichelle Gräblicher Straße Flugblätter zur Verteilung gebracht, Sprechchöre wurden laut und ein Erwerbsloser hielt eine kurze Ansprache, die auf den Reichserwerbslosentag und das Demonstrationsverbot in Breslau hinwies. Desgleichen in der Seminarstraße am Neuenmarkt, auch hier Sprechchöre und allgemeine Protestrufe gegen das Demonstrationsverbot. Zusammengehörigen für die kommunistische Partei und Aufforderungen zur Wahl der Liste 4 wurden laut. An der Schanze auch hier Ansprachen, Niedertrufe gegen das herrschende Hungerregime und mährische Diskussionen unter den Erwerbslosen. Ein hartes Polizeiverbot brachte die Demonstrationen auseinander. Am Nordend kam es zu Demonstrationen nach Beendigung der SPD-Versammlung im „Vergleiser“. Hier durchzogen die Erwerbslosen, revolutionäre Kinder jugend, eine Reihe von Straßen, bis auch hier das Polizeiverbot kam. Inzwischen hatte sich der Tag abgeklart.

Hannau, 20. April. Am gestrigen Erwerbslosentag führte die Partei und KPD eine Kundgebung durch, an der circa 400 Arbeiter teilnahmen. Für die KPD sprach der Genosse Wentrug gegen die Schließung der Volkshäuser, gegen die Erhöhung der Mieten zugunsten der Hausbesitzer und gegen die in Aussicht genommene fünfte Notverordnung. Eine Protestaktion an die hiesigen Behörden gegen die Schließung der Volkshäuser wurde einstimmig angenommen. Hierauf sprach der Genosse Schlögl laut von der Unterwerfung der KPD des Wort. In Lorey und präziser Weise verstand er es, den Erwerbslosen den revolutionären Ausweg aus Not und Elend, den Weg des Kampfes um Arbeit und Brot auf-

zuzeigen. Er richtete an die demonstrierenden Arbeiter und Frauen den Appell, am kommenden Sonntag durch die Stimmenabgabe für die Liste 4 der KPD, gegen das Braun-Schering-System, für ein rotes Preußen zu demonstrieren.

Landeshut, 20. April. Gestern am Reichserwerbslosentag waren 3-400 Erwerbslose zu einer Kundgebung aufmarchiert. Die Versammelten hielten sich einmütig hinter die vom Erwerbslosenausschuß aufgestellten Forderungen. Die Demonstration war vom Sozialdemokratischen Simon verboten worden. Trotzdem hielten die Kampfparolen der Erwerbslosen in den Straßen der Stadt. Zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung hatte man Waldenburger Schupo herangezogen. Die meisten hierfür mußte die Stadt trotz ihrer Weite aufbringen.

Freiburg, 20. April. Auch hier war ein wichtiger Aufmarsch der Erwerbslosen, Arbeiter und Frauen, zu verzeichnen. Die Kundgebung im Saale war überfüllt und dieserhalb hat eine Parallelveranstaltung im Garten stattgefunden.

Glogau, 20. April. Wie überall, so hatten sich auch hier die Erwerbslosen aus der Stadt und von den Dörfern zusammengefunden, um ihren Kampfwillen gegen Hunger, Ausbeutung und Notverordnungen kundzutun. Die herrschende Klasse hatte aus Furcht vor den Hungerbataillonen die Demonstration verboten. Es wurde nur eine Kundgebung auf dem Franziskanerplatz gestattet. Die Ausführungen der Redner wurden mit Beifall aufgenommen. Als der Genosse Sonnberg das Schlusswort hielt, kürzte der Polizeibeamte Trött auf den Redner und forderte die Auflösung der Versammlung, und die Beamten trieben die Demonstranten unter Anwendung von Ge-

walt auseinander. Die Kundgebung wurde unter Polizeiaufsicht beendet. Nur der Ungehorsamkeit der Erwerbslosen ist es zu verdanken, daß es nicht zu größeren Zusammenstößen kam.

Ein erster politischer Fehler

Zu dem Antrag unserer badischen Landtagsfraktion

Die badische Landtagsfraktion der KPD hat nach den Berichten der bürgerlichen und SPD-Zeitungen im Landtag den Antrag gestellt, das Reichsbanner und Stahlhelm und den Wehrkreis aufzulösen.

Das Verhalten unserer badischen Landtagsfraktion, das ohne vorherige Kenntnis und Zustimmung der Bezirksleitung Baden-Pfalz der kommunistischen Partei Deutschlands erfolgte, stellt zweifellos einen ersten politischen Fehler dar. Die Sozialdemokratie nutzt den unrichtigen Antrag der badischen Landtagsfraktion auf das Verbot des Reichsbanners (unter Gleichstellung mit dem Stahlhelm und Wehrkreis) zum Wankelzitter gegen die kommunistische Partei aus. Diesen billigen Wankelzug werden wir den Sozialfaschisten nicht gestatten.

Die kommunistische Partei, die es gewohnt ist, vor ihren proletarischen Klassenbrüdern offen Selbstkritik zu üben, hat den Fehler der badischen Landtagsfraktion bereits korrigiert. Unsere Aufgabe ist es nicht, vom bürgerlichen Staat das Verbot des Reichsbanners zu verlangen. Das entspricht nicht der politischen Linie der kommunistischen Partei. Unsere Politik besteht vielmehr darin, die Massen der Reichsbannerarbeiter von ihren sozialfaschistischen Führern loszureißen und für die rote Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterklasse Schulter an Schulter mit den Kommunisten zu erobern.

Durch die besonders konterrevolutionäre Haltung der Reichsbannerführer, die in Baden noch arbeitserföndlicher auftreten als in vielen anderen Teilen des Reiches, ist unsere badische Landtagsfraktion zu ihrem unrichtigen Vorgehen veranlaßt worden. Was in Wirklichkeit nottut, ist die klare Unterscheidung zwischen den sozialfaschistischen Führern, diesen Agenten der Bourgeoisie, und den einfachen Arbeitermitgliedern, die im Kampf von Klasse gegen Klasse an unsere Seite gehören. Nur durch eine solche Politik werden wir die Sozialdemokratie ebenso wie das Reichsbanner und alle anderen reformistischen Organisationen wirklich schlagen, um die deutsche Arbeiterklasse zum revolutionären Siege zu führen.

Die Bezirksleitung der KPD, Baden-Pfalz korrigiert sofort diesen Fehler

Mannheim, 19. April. (Fig. Trahtler.) Die Bezirksleitung der kommunistischen Partei nahm Stellung zum Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion des Verbots des Reichsbanners und beschloß, daß dieser Antrag sofort zurückgezogen werde. In einer ausführlichen öffentlichen Erklärung der Bezirksleitung heißt es unter anderem: „Die kommunistische Landtagsfraktion beging den schwersten Fehler, die Handlungen, die auf die Führer des Reichsbanners und als solche auf die Organisation fallen, auf die Reichsbannerarbeiter zu übertragen. Die Bezirksleitung der kommunistischen Partei erklärt den antifaschistischen Arbeitern die Bereitschaft, nach wie vor gegen den ungeschlagenen Dillenfascismus zusammenzutreten und die Rolle der Sozialdemokraten als Zwillingenbrüder des Nationalsozialismus durch ihre eigenen Erfahrungen zu überzeugen.“ Die Bezirksleitung der kommunistischen Partei Deutschlands beschloß, den Vorsitzenden der kommunistischen Landtagsfraktion, den Genossen Leichter, seiner Funktion als Vorsitzenden der Landtagsfraktion zu entheben. Weitere Maßnahmen wird die Bezirksleitung der KPD in Übereinstimmung mit dem ZK der Partei durchführen.

Das Elend der Erwerbslosenfamilie Birner

Das ist das Severing-Preußen ohne Maske! — Kämpft mit uns Kommunisten für ein rotes Preußen

Breslau. Das Elend der hiesigen Erwerbslosen zeigt sich am besten, wenn die Wohnstätten der Erwerbslosen sich näher anschaut. Ein Doll aus vielen Dollern zeigt uns die Verhältnisse des Wohlfahrts-erwerbslosen Birner, Köhlerstraße 6, der im Keller wohnt. Schon wenn man in das Haus hineinkommt und man dann sich noch dem Keller hinabschauen will, so muß man noch in gebogener Stellung 7 Stufen hinuntersteigen und dann einen finsternen Gang entlang passieren, wenn man zu der sogenannten Wohnung der Erwerbslosen B. kommen will. Nachdem man die Wohnung betreten hat, und man sich umsieht, geht einem ein Schreck durch den Leib, wenn man sich dieses Loch, was für eine Wohnung nennt, anschaut.

In diesem Loch, welches 5,20 Meter lang und 3,80 Meter breit ist, hausen 2 Erwachsene und 5 Kinder; die Kinder sind im Alter von 11, 9, 8, 7 und 1 Jahr. Die wöchentliche Unterstüfung beträgt für die ganze Familie 23,70 Mark; davon sind für das Loch monatlich noch 11,05 Mark Miete zu zahlen.

Die Wohnung ist voller Schwaben. Im Sommer können sich die Leute vor Amöben nicht erwehren. Eine Lüftung der Wohnung ist schwer, da sie im Keller, die darüber wohnen, sich dann darüber beschweren, daß aus den Fenstern ein schlechter Geruch käme. Aber das es in der Wohnung nicht anders möglich sein kann, was geschähen und wo man sich hinstellen muß, und wo dann noch Wäsche gewaschen, sowie diese aufhängen werden muß; denn Keller, sowie Boden liegt den Leuten nicht zur Verfügung. Und wenn man sich den Ofen besieht, muß man haunern, daß es was in einem zivilisierten Lande noch möglich ist. Der Ofen ist nur mit Fleck belegte. Der Ofen ist kaputt, wenn der Ofen nicht mit dem Ofen feuert, so ist die ganze Wohnung mit Rauch überfüllt. Die Betten bestehen nur aus Strohsack und einigen Decken; unter den Betten müssen die Hohlen aufbewahrt werden; einen Steller oder es nicht. Die ganze Einrichtung der Wohnung besteht nur aus den Bettstellen, einem Küchenschrank, ein Tisch und drei Stühlen, andere Möbel können sich die Leute von den paar Fleinigen Unterstüfung nicht kaufen und die Sachen würden ja in diesem Loch bald aus dem Rahmen gehen.

Wie die „Hilfe“ des Bürgertums aussieht, will ich an nachfolgenden Beispielen anführen: Die Hr. Dr. Haase, Dienerstraße 18, hat sich ja auch schon einmal dieses Loch angesehen und versprochen, der Familie zu helfen; aber sie haben bis jetzt noch nichts davon ge-

merkt. Auch die „Christliche Arbeiterhilfe“, Schneiderstraße 29, hat sich den dem Elend überzeugt, auch der Vertreter der „11000 Jungfrauenkirche“, Diakon Hoffmann, Trebniger Straße Nr. 20, hat sich dieses Loch angesehen, aber er konnte der Familie nur den einen „Rat“ geben, sie sollen aufs Land; das heißt, er wolle sie in die Stellung nach Maßnahme bringen. Aber das die Leute, die durch die lange Erwerbslosigkeit unterernährt und krank sind, diese schwere Arbeit nicht leisten können, und sie daher vielleicht noch mehr ins Elend hineingetragen würden, kümmert diese Herren ja nicht.

Auch das Gesundheitsamt hat sich bereits diese Wohnhöhle angesehen und erklärt: „Es gebe ja noch schlechtere Wohnungen!“

Wirklich: diesen diese Herren einmal in diese angeblich noch gute Wohnung.

Die Familie braucht zu ihrem Lebensunterhalt wöchentlich 6 Brote, 5 Pfund Zucker, Milch, Mehl und andere Lebensmittel. Die Familie kann sich höchstens pro Woche ein Viertel Pfund Fleisch und abends ein Stückchen schwarze Würst kaufen. Das Mittagessen sieht folgendermaßen aus: Montag: 2 Maggimüffel als Suppe, ohne Fleisch; Dienstag: Weißkraut mit einem Viertel Pfund Fleisch; Mittwoch: Kartoffeln und Häckerle; Donnerstag: Weißkraut ohne Mettel; Freitag, Sonnabend und Sonntag kein warmes Essen, da kein Geld mehr vorhanden ist. Borige Woche gab es nur zweimal warmes Essen, daher wird mehr Brot gebraucht.

Die Kinder sind vollständig unterernährt, das kleinste Kind bekommt nur einen halben Liter Milch pro Tag. Auch haben die Kinder kaum ein Hemd, Strümpfe und Schuhe. So sieht die Familie langem Leben. So leben die Erwerbslosen in dieser freiesten Republik der Welt, so wie dieser Fall, so gibt es noch viele solcher ähnlicher Zustände.

Die Erwerbslosen dürfen an ihrer elenden Lage nicht verzweifeln. Sie müssen neue Kraft und neuen Mut zum Kampf um Arbeit und Brot schöpfen. Und diesen Kampf organisiert und führt einzig und allein die kommunistische Partei! Und wenn wir die Erwerbslosen auffordern, am Sonntag die Liste 4 der KPD zu wählen, so deshalb, damit die Millionenfront der Hungernden, der Beknechteten in der roten Einheitsfront geschmiebet wird. Die Illusionen, der Stim-

mettel ist entscheidend für die Besserung der Lage der Werktätigen, müssen zerstört werden. Wer behauptet, daß der Stimmzettel für die Lage des Proletariats entscheidend ist? Das behaupten die Parteien von den Nazis bis zur SPD und KPD. Die Lage der Hungernden kann nur durch den entschlossenen Kampf verbessert werden. Nur durch revolutionäre Massenaktionen, durch Massenstreiks kann man die herrschende Klasse Forderungen abtrotzen. Deshalb muß die Stimmenabgabe am Sonntag der Aufrüst in der Einleitung einer Welle revolutionärer Erhebungen gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland sein.

So antworten wir auf das Verbot der „Jungen Garde“

Der Berliner Polizeipräsident Gresslitz hat das Zentralorgan des kommunistischen Jugendverbandes, die „Junge Garde“, auf vier Wochen verboten.

Es ist nicht zufällig, daß das Verbot unserer Jugendzeitung gerade in die Zeit der Preußenwahlen, des Ablaufs der Tarife zur Durchführung des neuen Lohnabbaus und zum 1. Mai fällt.

Die werktätige Jugend wird durch den breitesten Massenprotest auf diese Unterdrückungsmaßnahme antworten. Die Leutlinge und Jugendlichen, denen man in wenigen Tagen ihren Lohn weiter abbauen will, finden bestmöglichst die „Junge Garde“ ein mobilisierender Faktor gegen Lohnabbau ist. Es gilt darum, in diesen Wochen die „Junge Garde“ zu popularisieren, eine breite Protestbewegung zu entfachen und Tausende von neuen Abonnenten zu werben. Unsere Antwort muß sein, bis zum Wiedererscheinen der „Jungen Garde“ die Masse der „Jungen Garde“ Leser zu erweitern, so daß sie nach dem Verbot in die Hände zehntausender Jugendlicher kommt.

Laßt Protestbeschlüsse in den Betrieben und auf den Stempelstellen! Gewinnt Tausende von neuen Abonnenten! Werbt und agitiert für die „Junge Garde“, das Kampforgan der proletarischen Jugend in Stadt und Land im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg, gegen Lohnabbau, gegen Abbau der Erwerbslosenziffer, für Arbeit, Brot, Frieden und Freiheit. Gebt eure Stimme am 24. April für die kommunistische Partei!

Genossen

Organisiert den Vertrieb vor allem der Massenbroschüren, die für den Preußenwahlkampf bestimmt sind. Keine öffentliche, keine Betriebs- und Gewerkschafts-Versammlung ohne organisierten Literaturverkauf!

Breslau

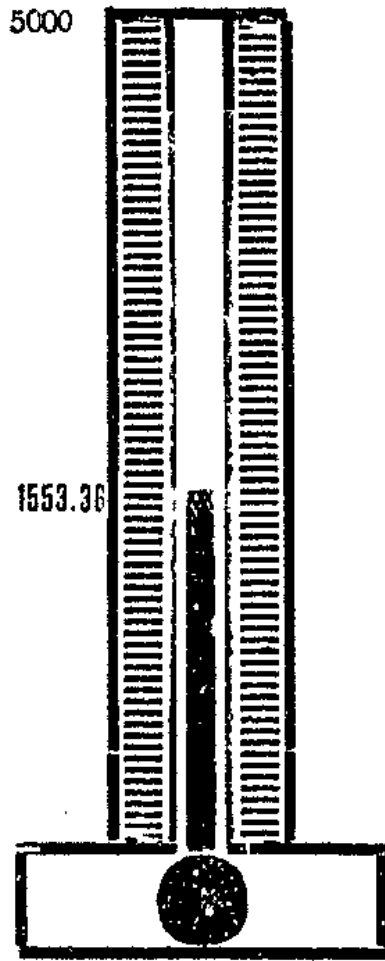
Breslau, 20. April.

Unser Wahlthermometer steigt

Steigert die Aktivität der Sammlung „Klasse gegen Klasse“. Das Wahlthermometer muß noch in dieser Woche seinen Höchststand erreichen. Bis heute sind erst 1553,36 M. erbracht. Sendet sofort Konto-Zahlungen.

Sammelfuß

5000



Die bisher besten Sammelergebnisse

Kampfbund	64,20	Mart
Ortsgruppe Breslau Nord	51,05	„
„ Peterswaldau	38,61	„
„ Schoßdorf	37,90	„
„ Striegau	32	„
Breslau, Straßenbahn	26,10	„
Ortsgruppe Maiwaldau	26,05	„
„ N.-Salzbrunn	25	„
„ Königszell	25	„
„ Kaufung	20	„
„ Glogau	20	„
„ Weißstein	20	„

Wo bleiben die anderen Ortsgruppen? Die besten fünf Ortsgruppen erhalten Wiederpreise. Sendet sofort weitere Konto-Zahlungen auf unser Postcheckkonto 367 60, Wlag Schubert, Breslau.

SM.-Prolet hör' zu!

Was sagst du, SM.-Prolet und dein Gewissen, nach Hitlers sozialem Geschrei, zu deinen Genossen Kronprinz und Thyssen in deiner „Arbeiterpartei“, was sagst du, dem man wöchentlich mal paar Hunger Groschen schenkt, dazu — daß Hitler das Kapital nicht anzugreifen gedenkt.

Herr Hitler hat am deutschen Rhein mit Kapitalisten diniert und mit dem Industrieverein Verhandlungen geführt, es floß der Wein in Strömen, mit Kaviar und Sekt, da hat er, merk' dir's, SM.-Prolet, das Soziale verstoßt.

Er brauchte dich, SM.-Prolet, als Schutz fürs Kapital, werst geheim das Banner weht, doch jetzt schon ganz legal, jetzt darf er in die Reichswehr rein und in die Polizei, da half ihm der Industrieverein und der Herr Groener dabei.

Du bist, weil du radikal und ehrlich, Herrn Hitlers Gelb-arschkriecherei und seiner Legalität gefährlich, deshalb verbot euch die Polizei. Was soll mir, ruft Herr Hitler aus, die revolutionäre SM. in meinem legalen braunen Haus er rief — das Verbot war da!

Es kam vor den Wahlen zum Segen als Reklame der Nazipartei SM.-Prolet — überlegen!! Da ist doch ein Haken dabei! Willst du Streifbretter werden, SM.-Prolet, und Schützer des Geld-sack's sein?

Willst du, daß es legal so weiter geht, es dir weiter so bredig aecht? Nein! Dann ruft dir Genosse Scheringer zu, kämpfe aktiv in den roten Reihen.

in die rote Einheitsfront mußt du hinein, es hilft dir nicht Hitlers Bügengeschrei und die Prinz-Mumi-Arbeiterpartei.

Die Kommunisten in der Welt allein treten ein für soziale und nationale Befreiung!

Am 24. deine Parole sei: Liste 4, Kommunistische Partei!

„Reiseprüfung“ im Lobe-Theater

Schon wieder ein Stück eines Siebzighährigen! Eben Gerhart Hauptmann und jetzt Max Dreyer. Aber während es jenen um die Gestaltung eines Falles von Greifenubertät zu tun war, läßt dieser sein Stück unter jungen Leuten spielen. Es geht um die Sorgen von Studenten, aber es sind nur private Sorgen, Sorgen der jungen Leute von vorgeföhren, von dem rüden Nazienten an den höheren Schulen der Gegenwart ist nichts zu hören. Der Autor läßt die Geschichte wohl überhaupt nur im Schmelzen spielen, weil er die Jugend, die dieses Wissen auf das Publikum ausübt, lemt. So wirkt das Stück wohl als einigermassen gut funktionierendes Theater, läßt uns aber im übrigen völlig kalt. Der an den Dazern herbeigezogene persönliche Schluß berührt direkt peinlich. Die ausgezeichnete Darstellung verhalf der dramatischen Mangelhaftigkeit zu einem starken Publikumsverfolg.

Neuer Lohnraub — Preußenwahl am 24. April

Gemeindearbeiter, wen wählst du?

Breslau. Biermal innerhalb eines Jahres ist den Gemeindearbeitern der Lohn abgebaut worden, um 12 bis 14 Mart die Woche ist er gekürzt worden. Der Stundenlohn eines ungelerten Arbeiters ist von 82 auf 64 Pfennig herabgedrückt worden, dazu kommt noch die Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden, dazu Wegfall der Frauenzulage, was damit insgesamt die obige Summe wöchentlich ausmacht.

Hier der Wochenlohn eines verheirateten, ungelerten Gemeindearbeiters mit zehn Dienstjahren und einem Kinde:

Am 1. April 1931:

Grundlohn bei 48 Stunden a 82 Pfennig zuzüglich 3 Wj. Dienstalterszulage = 85 P.	40,80	Mart
Frauenzulage	1,44	„
Kinderzulage	1,44	„
Gesamtverdienst:	43,68	Mart

Abzüge:

Krankenkasse	1,40	Mart
Erwerbslosenbeitrag	1,37	„
Invalidenbeitrag	1,00	„
Lohnsteuer	1,10	„
Summe der Abzüge:	4,87	Mart

Reisbetrag: 38,81 Mart

Am 15. April 1932:

Grundlohn bei 44 Stunden a 64 Pfennig, Dienstalterszulage 3 Pfennig = 67 Pfennig Frauenzulage	20,48	Mart
Kinderzulage	1,32	„
Gesamtverdienst:	21,80	Mart

Abzüge:

Krankenkasse	0,91	Mart
Erwerbslosenbeitrag	0,91	„
Invalidenbeitrag	0,90	„
Lohnsteuer (frei)	—	„
Bürgersteuer	1,10	„
Summe der Abzüge:	3,85	Mart

Reisbetrag: 26,95 Mart

Verdienst am 1. April 1931	38,81	Mart
Verdienst am 15. April 1932	26,95	„
Pro Woche weniger	11,86	Mart

Nun heißt es, der Lohn ist auf den Stand von 1927 gebracht worden. Dieser hier geschilderte Arbeiter hatte damals einen Stunden-

Schlagt die Kriegstreiber!

Verteidigt den Sozialismus in der Sowjet-Union. Agitiert mit der illustrierten Monatszeitung der KPD

Kampfbund 1932

lohn von 62 Pfennig. Sind aber die Preise für Lebensmittel und alle Verbrauchsgüter, Mieten usw. auf denselben Stand gesetzt worden? Nein! Die groß angelegte Preissteigerung, die den Lohnabbau schmachtlich machen sollte, ist verpufft. Die Preise sind nicht oder keinesfalls entsprechend dem Lohnabbau gegenüber gesenkt worden. Daselbe ist von der zehnprozentigen Mietenkung zu sagen. Und alles dies ist durch die faschistische Brüning-Braun-Severing- und Klages-Regierung mit Hilfe der „sozialistischen“ Gewerkschaftsführer geschehen.

Auch die Gemeindearbeiter haben sich von diesen Gewerkschaftsbürokraten noch einmal einlefen lassen, sie haben das „kleinere Uebel“ gewählt, welches sich nun jetzt zu einem großen Uebel auswirkt. Die Gemeindearbeiter dürfen sich aber jetzt nicht mehr durch die radikalen Töne dieser Bonzen irreföhren lassen.

Reichsmantelstarif bis 30. Mai verlängert

„Lohn wird nicht mehr abgebaut“, so schreiben die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen.

Gemeindearbeiter, laßt euch nicht täuschen. Nach der Wahl kommt es anders; nur aus tatsächlichen Gründen ist der Lohnabbau verschoben worden. Aber nach der Wahl werden die einzelnen Kommunen — auch Breslau — zu betrieblichen Verschlechterungen übergehen. 700 Millionen Mart sollen laut Beschluß des Deutschen Städtebundes aus den Gemeinden herausgepreßt werden. Während die SPD-Bürgermeister als Arbeitgeber, die Nerzte am sterbenden Kapitalismus, alles im Interesse des Kapitals durchzuführen, wollen die Gewerkschaftsführer jeder weiteren Lohnsenkung den schärfsten Wider-

stand entgegensetzen. Kann sich jemand verrücktere Ideen denken als die, welche die SPD. hat?

Gemeindearbeiter, euer Hauptfeind ist die Bourgeoisie, die Kapitalisten. Darum keine Stimme am 24. April den bürgerlichen Parteien!

Die Hauptstützen des kranken Kapitalismus

sind die SPD. und Gewerkschaftsführer. Macht Schlag mit der Politik des „kleinere Uebels“, welches angeblich Preußen, der finstere Ort der Reaktion, sein soll. Die preussischen Minister Braun-Severing-Grüne sind die Wegbereiter des Faschismus und die Einseitiger des Lohnabbaues. Die sozialdemokratischen leitenden Funktionäre in Preußen führen den Lohnabbau durch. Was Klages in Braunschweig, ist Severing in Preußen. Preussische Polizei schützt Streifbretter und geht brutal gegen die Streikenden vor.

Der faschistisch-reaktionäre Charakter des preussischen Staates zeigt sich in folgenden Beispielen ganz klar:

Im Jahre 1931 wurden pro Kopf der Bevölkerung aus-

Für Polizei	10,94	Mart
Für Justiz	11,17	Mart
Für Wohlfahrt	0,92	Mart

Das ist das wahre Gesicht dieser Regierung, die auf Geheiß und Verberb mit dem Kapital verbunden ist. Willst du diesen Zustand länger dulden und stützen? Nein! Deshalb keine Stimme der SPD!

Warum darfst du nicht Nazi wählen?

Die NSDAP. ist keine Arbeiterpartei,

sie ist die offene faschistische Vertreterin der Kapitalisten. Die Großkapitalisten unterstützen mit Millionen diese Partei. Die Hohenzollern, „Kronprinz“, „Prinz Mumi“ usw. spielen die große Geige in der NSDAP. 500 000 Mart gibt „Prinz August Wilhelm“ für ein Landtagsmandat auf der Naziliste. Hitler verpackt in zehn Tagen im Hotel „Kaiserhof“ in Berlin 4000 Mart. Ihr angeblicher Sozialismus ist Lug und Trug. Dein Platz ist nicht dort, deine Stimme niemals den Nazis!

Und die SPD?

Sie will angeblich das System ändern und stürzen, aber nur auf geföhlichem Wege, nicht im außerparlamentarischen Kampf. Am 19. März schrieb die „SZ.“: „Es ist nur möglich, auf parlamentarischen Wege eine Diktatur des Proletariats zu erreichen.“ Sie stützt die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, sie ist für keinen ernstlichen Kampf gegen Lohnabbau. Sie wendete im Januar, als die Arbeiter den Kampf gegen Lohnabbau führten, gegen die die Kämpfe organisiert, die NSDAP., und sprach von den „wilden Streiks“. „Winkt die Bonzen!“ ist ihre Parole. Sie stimmte im Reichstag für die preussischen Polizeizuschüsse und im Breslauer Stadtparlament gegen die Mieteranträge der Kommunisten. Sie ist der Damm, welcher das sich einigende Proletariat abhält, sie will die rote Einheitsfront nicht zustandkommen lassen, darum auch dieser Partei nicht deine Stimme!

Die Splitterparteien kommen für dich überhaupt nicht in Frage.

Nur die KPD. führt den Wahlkampf

als Kampfanzeige gegen die herrschende Klasse und alle ihre Satzen. Deine Stimme für die KPD. ist ein Kampfbekenntnis gegen den Lohnraub, gegen die kapitalistische Ausbeutung. Auch du mußt mithelfen, die Gemeindebetriebe zum Kampf reif zu machen. Nur in der roten Einheitsfront unter Führung der KPD. und NSD. wird es möglich sein, das Ziel aller Wertarbeitigen, den Sozialismus, zu verwirklichen.

Kämpfe für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Räte-Deutschland, das allen Arbeitern Arbeit, Brot und Freiheit bringt!

Darum gehört deine Stimme der kommunistischen Partei!

Die Gemeindearbeiter wählen am Sonntag, dem 24. April: Kommunisten, Liste 4!

Wo ruft die Pflicht

Mittwoch abend 20 Uhr, öffentliche Versammlung, Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker, spricht Genosse Viktor Max Jellen zu dem Thema: „rote Einheitsfront gegen Kulturreaktion, Klassenkrieg, für ein rotes Preußen.“

Mittwoch 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung bei Hofmann, Pöpelwitz-Strasse, 18 bis 19 Uhr, Platzkonzert am Striegauer-Platz, anschließende Demonstration.

Mittwoch 17 Uhr, Sitzung der Kampffraktionen mit Kampfberrat.

Ueberfüllte Jsa-Beranstaltungen

Unter der Parole: „Verteidigt Sowjetchina!“ führte die Befreiungsbewegung am Sonntag Filmvorführungen durch. Nach einleitenden Worten des Referenten über die Kampfpläne des Weltimperialismus, der auf dem Wege über China und die Mandchurei Sowjetrußland im sozialistischen Aufbau fördern will, appellierte der Referent an die Anwesenden, diese Kampfpläne mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Hieraus liefen die Filme „Das Dokument von Schanghai“ und „Der blaue Express“. Beide Filme zeigten das ungeheuerliche Gesicht Chinas; die grenzenlose Ausbeutung der Kulis; das unjagbare Elend der Frauen und besonders der Kinder, die vom zarten Kindesalter an für Pfennige täglich zwölf Stunden schuften müssen, während auf der anderen Seite die Bourgeoisie prahlt und Feste feiert. Jährlich reisen Tausende von Missionaren nach China, um „das Wort Gottes zu predigen“, aber die Lage des Proletariats ist durch die europäisch-amerikanische „Kultur“ nicht besser geworden. Veruche der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, werden mit blutigem Terror beantwortet, aber die Tatsache, daß bereits heute 100 Millionen unter der Sowjetfahne stehen, beweist, daß das Proletariat erkannt hat, daß es nur durch den Kommunismus von seinem Elendsdasein befreit werden kann.

Der starke Besuch (viele mußten umkehren, da alle Vorstellungen ausverkauft waren) zeigte den Masseninfluß der Jsa und berechtigt zu dem Ausspruch: Die Jsa marschiert!

Veranstaltung für den kommenden Sonntag und nächste Parteiabend, Breslau, — für die obigen Stellen: Alfred Henrich, Berlin. — Für Inhaber: Albert Gollmann, Breslau. — Erlang und Prud: Soziale Beiratsstellen: a. D. S. Breslau, Treibauer Straße 10.

Kommunisten ans Ruder!

Kämpfe für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Räte-Deutschland!

Sonnabend, den 23. April, heraus zur Massenversammlung

um 20 Uhr in allen Sälen und im Garten des „Lunapark“. Es spricht der Spitzenkandidat des Wahlkreises Breslau:

Genosse A. Sandtner

Es wirken mit die besten Breslauer Agitprop-Spielgruppen, Kapellen, rote Sportler.

Arbeitende 30 Pfennig, Arbeitslose 15 Pfennig. — Sichert euch Karten im Vorverkauf!

Der Vorverkauf hat begonnen bei allen Funktionären der Partei und Massenorganisationen und in den Geschäftsstellen: Bezirksleitung Schützen der SPD, Wallstraße 13 — „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50 — NSD., Breite Straße 6/7 — Litvertrieb, Friedrich-Wilhelm-Strasse 50 — Rote Hilfe, Reichsstraße 2 — JSD., Friedrich-Wilhelm-Strasse 45 — Kampfbund gegen den Faschismus, Friedrich-Wilhelm-Strasse 45 — Internationaler Bund, Reichsstraße 2 — Verband proletarischer Freidenker, Ohlauer Straße 1.

Rund um den Erdball

Der Schweinwerfer

Das historische Verdienst

Das Prinzip: Alles umdrehen! — Man geht einfach darüber hinweg — Für Goebbels das Parlament — für die Frauen die Zwangsarbeit

Wir brauchen Sie das nicht zu erzählen, sagte der pensionierte Kantdirektor Hartwig zu dem geweihten Diktator und jetzigen Faschistator. Ich bin der Letzte, der Hitlers Verdienste nicht würdigen würde. Aber worin Hitlers großer Fehler besteht, das erkenne ich nicht: Hitler sieht einfach nicht ein oder will nicht einsehen, daß die Sozialdemokratische Partei es ist, die die breiten Massen der Arbeiterklasse verfehlt gelehrt hat, was Sozialismus ist. Vor dem Kriege war die Sache einfach und klar: auf der einen Seite die Arbeiter, auf der anderen die Unternehmer. Der Arbeiter mußte, daß Sozialismus die Vergeblichkeit der Produktionsmittel ist, daß die Arbeiterklasse in unerbittlichem Kampf und in dauerndem Kampf dem Unternehmer gegenübersteht.

Können Sie sich z. B. vorstellen, daß vor dem Kriege ein sozialdemokratischer Arbeiter je für Hindenburg achtmal hätte? Oder für Brüning und Brüning? Die in jeder Hinsicht gegen die Arbeiter vorgehen? Im Verlauf dieser Jahre, die seit Ausbruch des Krieges bis heute vergangen sind, ist es einem großen Teil der Arbeiter selbstverständlich geworden, daß Minister, die der Sozialdemokratischen Partei angehören gegen streikende Arbeiter vorgehen: Streiks abwürgen, sich mit allen Mitteln für Lohnabbau einsetzen und daß dann diese Minister sich trotzdem Sozialisten nennen! Das ist das historische Verdienst der Sozialdemokratie. Und deswegen unterstützen sie mit allen Kräften, deswegen erachte ich als den größten Fehler, den Hitler, daß er die Sozialdemokratie bekämpft. Wenn er sich heute Sozialist nennt, dann tut er ja daselbe, was die Sozialdemokratie tut, denn er weiß daß man die Masse nur mit dem Wort Sozialismus einfangen kann. Aber er geht auf ausgetretene Weisen.

In einem französischen Städtchen hat sich ein Zuhälter und Bordellbesitzer soweit heruntergearbeitet, daß er Bürgermeister geworden ist. Vor seinem Tode betete er sein Sohne zu sich und sagte ihnen: „Werft euch folgendes: Ich habe es aus dem Grunde soweit gebracht, weil es stets mein Prinzip war, den Zuhälter und Juden beizubehalten. Deswegen wagte ich nicht, mit meinen Betern zum Vorwurf zu machen. Ich war stets in der Öffentlichkeit. Und deswegen habe ich meinen Gegnern immer Respekt entgegengebracht. Keiner wagte es, mir nahezutreten. Halte es so wie ich, macht es euch zum Prinzip, alles was ihr tut und das nicht selbstverständlich ist, den anderen zum Vorwurf zu machen und immer wird euch was anhaben können. Mit Mut und Geduld erobert man sich seine Stellung.“

Es ist allgemein bekannt, daß der sozialdemokratische Minister Hitlerding es war, der an Kreuzer das deutsche Reichshandelsmonopol ausgeliefert hat. Jeder weiß, daß die Beziehungen der Reichshandelsleitung zu Frau Kreuzer sehr nahe waren. Jeder weiß auch, daß Kreuzer nur einen Gegenstand, einen Gegenstand, den er ernst fürchtete und dem er nicht beikommen konnte. Die Sowjetunion. Unzählige Millionen hat Kreuzer für die Bekämpfung der Sowjetunion ausgegeben. Nun sagt es die Sozialdemokratie die vollständig im Dienste Kreuzers gestanden hat, zu behaupten, Kreuzer hätte die Kommunisten finanziert.

Es ist das gleiche Prinzip des französischen Zuhälters, der es bis zum Bürgermeister gebracht hat.

Im böhmischen Kohlenrevier sind Streiks ausgebrochen. Auch in Föhmen wütet die Krise, und die Unternehmer gehen offen vor gegen Lohnraub und Entlassungen setzen sich die Arbeiter zur Wehr, und schmerzende traten in den Streik. In Brüssel, dem Zentrum des Streikgebietes, marschierte die Polizei und Genfermarche gegen die Streikenden auf, viele Arbeiter wurden verwundet und zwei erschossen. Er schossen, weil sie sich gegen Hunger und Not gewehrt hatten.

Die bekannte Arbeiterkraft von Brüssel und Umgebung befehlige ich am Faschismus. Es war eine der eindrucksvollsten revolutionären Kundgebungen. Auch der „Vorwärts“ brachte darüber einen Bericht. Er vergaß aber, eines hinzuzufügen:

Keine Passagiere

Zu den großen Schiffsverkehrsgeleitschiffen eingeführte Fahrpreisermäßigung für den atlantischen Schiffsverkehr scheint nicht den gewünschten Erfolg zu haben. So mußte u. a. die Abfahrt des Dampfers „Homeric“ der White Star Line, der am Mittwoch nach Neuyork auslaufen sollte, wegen zu geringer Passagierzahl abgebrochen werden. Auch die für den 20. April angedeutete Abfahrt des Cunard-Dampfers „Mauretania“ wird aus dem gleichen Grunde unterbleiben.

Der SPD.-Arbeiter fragt:

wie schaffen wir eine rote Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger, Faschismus und drohenden Krieg? Die soeben erschienene Broschüre:

„Was will die Kommunistische Partei?“

gibt für jeden Arbeiter in verständlicher Weise eine ausführliche Antwort. Jedem SPD.-Arbeiter im Betrieb und auf der Stempelstelle diese Broschüre! Preis 10 Pfennig.

nämlich, daß die tschechoslowakische Regierung, die auf streikende Arbeiter schießen ließ, die viele Arbeiter verwundete und zwei hinstandete, eine sozialdemokratische Koalitionsregierung ist, daß in dieser Regierung sieben sozialdemokratische Minister sitzen. Ueber solche Tatsachen geht man einfach hinweg.

Auch die tschechoslowakische Sozialdemokratie hatte dort der Arbeiterklasse vor den Wahlen das Versprechen gemacht: „Dem Vater Arbeit, den Kindern Brot!“

Herr Goebbels und Frau v. Gulecki berieten eine Frauenverlammlung ein Sie wollten den Frauen mitteilen, was sie im „Dritten Reich“ erwartete. Zwar kündeten sie schon auf Plakaten an, daß sie die deutsche Familie retten wollen, aber hier in der Verlammlung rühten sie deutlicher mit der Sprache heraus.

Warum schicken die Nazis keine Frauen ins Parlament? Frau v. Gulecki erklärte, daß man im Parlament mit der Waffe in der Hand kämpfen muß und dafür halte sie die Frau für zu

schade. Aber das sei ihrer Meinung nach nicht das wichtigste Argument. Das wichtigste, was die Frauen zu leisten haben, sei den Männern erstens ein gutes Mittag zu bereiten, damit sie bei gefülltem Magen im Parlament gute Politik machen können und zweitens... darüber Näheres Goebbels:

Goebbels erklärte, er sei absolut nicht dagegen, daß die Frauen sich politisch betätigen, aber nur auf dem Gebiete der Zwangsdienstpflicht. Das heißt verdeutschelt in die einfache Sprache: Aufgabe der Frauen sei es, Zwangsarbeit zu



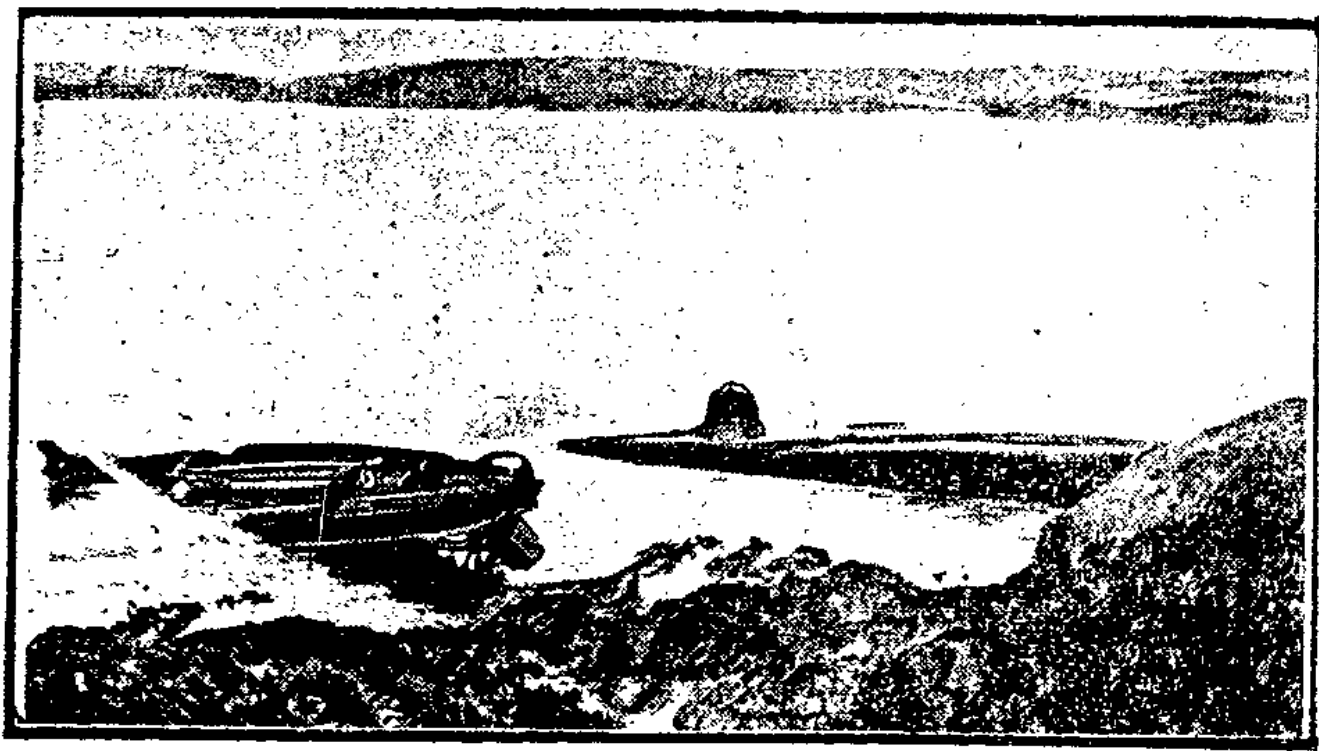
leisten, währenddessen die Männer — natürlich die großen Nazipolitiker — im Parlament hohe Politik betreiben.

Also klare Arbeitsteilung. Für Goebbels das Parlament mit den Diäten und für die Frau — natürlich zwecks Entlastigung — die Zwangsarbeit.

Das also erwartet, nach Goebbels, die Frau im „Dritten Reich“.

Letzte Zeugen des Weltkrieges...

Die Ueberreste ehemaliger deutscher Unterseeboote, die während des Krieges an der englischen Südküste versenkt wurden. Nach Friedensschluß wurden die Boote von den Engländern gehoben und an den Strand geschleppt, wo sie nun immer noch liegen.



Kurzer Erdstoß in Santiago

Santiago de Chile, 19. April. Am Montag wurde Santiago von einem kurzen Erdbeben heimgesucht, das jedoch keinen größeren Schaden anrichtete. Es wurde ein kurzer, aber sehr starker Erdstoß verspürt.

Erdbeben in China

Nanking, 19. April. Nach einem im chinesischen Innenministerium eingegangenen Bericht ist die Stadt Matsching in der Provinz Supeh von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Der größte Teil der Stadt soll zerstört worden sein. Der Bürgermeister hat die chinesische Regierung um Hilfe gebeten.

Füchsfutter mit 21 Mann Beladung gefunten

Kopenhagen, 19. April. Nach einer Meldung aus Thorshavn wird ein norwegischer Fischkutter mit 21 Mann Beladung vermißt. Man befürchtet, daß er während der letzten Stürme auf der Nordsee untergegangen ist. Alle norwegischen Fischkutter bis auf diesen einen sind inzwischen wieder im Hafen eingetroffen.

Ein Wasserflugzeug abgestürzt

Rom, 18. April. Bei Orbetello forderte ein Flugzeugunglück drei Tote und vier Verletzte. Bei einem Übungsflug stürzte das Wasserflugzeug des Oberleutnants Guasconi vom Institut für Seefahrt infolge eines Stuerfehlers ins Wasser und überflutete sich. Der Oberleutnant, ferner ein Ingenieur der Fiat-Werke und ein Soldat der Fliegertruppe fanden den Tod. Drei Offiziere und ein Soldat wurden verletzt.

Aus Versehen die eigene Frau erschossen

Saarbrücken, 19. April. Durch einen verhängnisvollen Irrtum ist am Montagmorgen gegen 4 Uhr die Gattin des Kolonialwarenhändlers Adermann aus Luxemburg ums Leben gekommen. Die Frau war aufgestanden, um das Schlafzimmersfenster zu schließen. Dabei wurde ihr Ehemann wach, der in noch schlaftrunkenem Zustand glaubte, einen Eindringling im Zimmer zu sehen. Er griff zur Waffe und schoß auf die Gestalt am Fenster. Die Frau sank tot zu Boden. Die Kugel war ihr ins Herz gedrungen.

Absturz

eines französischen Privatflugzeugs

Paris, 19. April. Ein Flugzeugunglück mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Montagnachmittag über dem Flugplatz von Le Bourget bei Paris. Ein Privateindecker war kurz nach Mittag aufgestiegen. Der Führer des Apparats, der erst vor zwei Wochen den Führerschein erworben hatte, zog bald in etwa 2000 Meter Höhe seine Kreise. plötzlich stürzte der Apparat senkrecht aus bisher unbekannter Ursache zu Boden. Der Führer und einzige Insasse des Flugzeuges wurde herausgeschleudert und blieb mit zerschmetterten Gliedmaßen etwa eineinhalb Kilometer von der Absturzstelle des Flugzeuges entfernt tot liegen.

Einiges Wissenswertes

Der längste Tunnel der Welt ist noch immer der Simplontunnel mit seinen 19803 Metern. Die längste Brücke der Welt führt über den Chaohing-Fluß in China, 144 Kilometer lang, während die breiteste Brücke der Welt die über den Firth of Forth in Schottland ist; diese Brücke ist nämlich 521 Meter breit. Der größte Wasserfall ist der Kaietanafall in Englisch-Guana, der von einer 250 Meter hohen Felswand herabstürzt. Er hat auf eine Breite von 250 Meter, während der berühmte Sambesifall, der breiteste Wasserfall der Welt, 1600 Meter in der Breite mißt.

Der älteste Baum der Welt ist mutmaßlich die 45 Meter hohe Zumpfpresse auf dem Kirchhof von Santa Maria del Thuli in Amerika. Ihr Alter wird auf 6000 Jahre geschätzt.

Alle europäischen Vögel werden in den Laichgründen des Atlantischen Ozeans ausgebrütet. Sie brauchen länger als zwei Jahre, um die Küsten Europas zu erreichen. Die Vögel, die nicht gefangen werden, werden von ihrem Instinkt getrieben, wieder den Atlantischen Ozean zu durchkreuzen, und sterben auf den Laichplätzen südlich von Bermuda.

Die Bezeichnung Blatt bei Büchern leitet sich daraus her, daß tatsächlich, ehe das Papier erfunden wurde, auf Baumblätter geschrieben wurde, wie ja auch die Bezeichnung selbst daher kommt, daß die alten Deutschen ursprünglich auf Buchenbrettern schrieben.

Der älteste Kontinent der Welt befindet sich in Indien bei Rajamahand. Er ist 1 bis 3 Kilometer lang.

Japan kündigt Krieg gegen Sowjetunion an

Alarmierende Erklärung in Tokioer Pressekonferenz — Japan läßt durch Weisgardisten Gebäude der Ostschinabahn stürmen — Steigerung der Antisowjethege der SPD., des Zentrums und der Nazi

Die Entsendung weiterer japanischer Truppen mit Tanks und Bombenflugzeugen in die Mandschurei nimmt ihren Fortgang. Die Truppenkonzentrationen erfolgen insbesondere an der Ostschinabahn und an der Sowjetgrenze. Infolge dieser Vorberreitungen Japans zu Kriegszwecken gegen die Sowjetunion spitzt sich die Lage immer mehr zu. Am 16. April verließen die japanischen Imperialisten eine Propaganda, indem sie 500 bewaffnete Weisgardisten vor dem Gebäude der Ostschinabahn in Charbin demonstrieren und das Gebäude stürmen ließen. Ferner nehmen die Japaner willkürlich Verhaftungen sowjetrussischer Beamter der Ostschinabahn vor. Tagelang hat die japanische Kriegspresse den Panzermilitärzug an der Ostschinabahn, der sich kürzlich ereignete, als eine „Tat von Sowjetagenten“ bezeichnet, obwohl auf Grund der Tatsachen einwandfrei erwiesen ist, daß das Panzermilitär an der Ostschinabahn auf Anweisung Japans erfolgte; die Beweise dafür sind so schlagend, daß im Tokioer Parlament vor einigen Tagen ein Vertreter des japanischen Außenministeriums offiziell erklären mußte, daß

„Keinerlei Anzeichen dafür vorliegen, daß Sowjetrußland an dem Anschlag beteiligt ist; die Regierung ist der Ansicht, daß russische Weisgardisten ihre Hand im Spiele gehabt haben.“

Der Vertreter des japanischen Außenministeriums erzählte natürlich nicht, daß die russischen Weisgardisten zu dem verbrecherischen Anschlag vom japanischen Militärkommando veranlaßt wurden. Sehr bezeichnend für die Doppelsprachigkeit der japanischen Kriegspresse, und noch mehr für ihre Kriegspresse gegen die UdSSR, sind die aufsehenerregenden Erklärungen, die kurz nach der erwähnten Parlamentsitzung in einer Pressekonferenz in Tokio, ebenfalls von einem Vertreter des japanischen Außenministeriums, abgegeben wurden. Er sagte nach den Berichten der Telegraphenbüros wörtlich:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß Japan im Falle von Kämpfen zwischen der Sowjetunion und der Mandschurei, eingreifen würde. Jede weitere Handlung der Art, wie der Anschlag auf den japanischen Truppentransport, kann zu den schwerwiegendsten Folgen führen.“

Während also ein Beauftragter des japanischen Außenministeriums im Parlament vor der Öffentlichkeit erklären muß, daß der

Dynamitanschlag nicht von der Sowjetunion, sondern von Weisgardisten verübt wurde, sagt ein anderer Beauftragter desselben japanischen Außenministeriums in der Konferenz mit den Vertretern der ausländischen Presse das gerade Gegenteil und bereitet mit zynischer Offenheit darauf vor, daß bei einem neuen Anschlag, den Japan natürlich zu jeder Zeit veranlassen kann, der Krieg gegen die UdSSR eröffnet werden wird. Da die Mandschurei von japanischen Strohmannern regiert wird, bedeutet die Ankündigung des Vertreters des japanischen Außenministeriums nichts anderes, als eine unehrliche Kriegsanklage gegen die Sowjetunion. Die Propaganda Japans und die Neuierungen seiner Diplomaten, die Truppenzusammenschüßungen an der Sowjetgrenze, die Kriegstreiberien des mit Japan verbündeten französischen Imperialismus, bedeuten Alarm für alle Arbeiter, insbesondere für das deutsche Proletariat. Vergessen verstanden die bürgerlichen Blätter, einschließlich der SPD-Presse, den Arbeitern einzureden, daß sie die Gefahren im Fernen Osten nichts anderes verheißend verheißend SPD-Heilmann, die wachsende Kriegsgefahr als „Ammenmärchen“ abzutun, um die Arbeiter einzulullen. Die Tatsachen reden eine deutliche Sprache.

Die unehrlichen Vorstöße der württembergischen und badiischen Vertreter gegen das „Holzdumping“ der Sowjetunion in der letzten Reichstagsitzung, die täglich sich verschärfende Hege, insbesondere der sozialdemokratischen Blätter, gegen die Sowjetunion, die verstärkte Kriegsmittelproduktion in Deutschland, das Verbot von Antikriegskundgebungen und z. B. des 1. Mai-Antikriegsaufmarsches in Bremen zeigen eindeutig, daß auch der deutsche Imperialismus sich immer deutlicher nach Westen, nach dem mit Japan zusammenarbeitenden französischen Imperialismus und gegen die Sowjetunion orientiert.

Verstärken die Imperialisten die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, so verstärkt die Arbeiterklasse dagegen ihren Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der UdSSR, durch Kampfbüchlein in den Betrieben und Stempelfeststellen, durch Streiks zur Verhinderung der Kriegsproduktion, durch Formierung der roten Einheitsfront.

Und am 21. April keine Stimme den antisowjetischen Parteien, der SPD., dem Zentrum und der Nazis. Stimmengabe für die SPD., die Partei Liebknechts und Luxemburgs, als Bekenntnis zum Krieg gegen den imperialistischen Krieg!

Verbotaktion gegen rote Sporteinheit und Kampfbund

Berlin, 19. April. (Gg. Bericht.) Heute vormittag besetzte ein großes Polizeiaufgebot die Räume der Kampforganisation für rote Sporteinheit im Hause Wilmstraße 21, in dem sich auch die Büros der revolutionären Gewerkschaftsopposition der RGO, befinden. Zur gleichen Zeit besetzte die Polizei auch die Büroräume der Reichsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus in der Brückenstraße und nahm eine eingehende Durchsuchung vor. Auch bei einer großen Anzahl Funktionäre beider Organisationen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Selbstverständlich wurde weder in den Räumen der roten Sportorganisationen noch in den Räumen des Kampfbundes belastendes Material gefunden. Wie die bürgerliche Presse meldet, soll die Verbotaktion gegen die roten Sportorganisationen erfolgt sein, weil diese „im Verdacht stehen, Nachfolgeorganisationen des roten Frontkampfbundes zu sein“. (1) Beim Kampfbund hat man „Material über hochverräterische Umtriebe“ gefunden.

Auf Anordnung Seeverings haben ähnliche Hausdurchsuchungen in ganz Preußen stattgefunden. Bis jetzt sind Verbotaktionen gegen etwa 40 Büros der roten Sportorganisationen und des Kampfbundes gegen den Faschismus durchgeführt.

Die Verbotaktion steht mit aller Deutlichkeit den Kurs, der in Berlin und im Reich gekehrt wird. Der Kurs geht auf ein Verbot aller revolutionären proletarischen Organisationen. In dieser Hinsicht steht auch die Hege des Ministerialdirigenten Dr. Hängel gegen die proletarischen Organisationen, insbesondere gegen die proletarischen Freidenker, wie sie am Dienstagabend in einem Rundfunkvortrag über die „Gottlosen-Bewegung“ zum Ausdruck kam. Denn in der bürgerlichen Presse

verhört wird, die Verbotaktion damit zu erklären, daß die roten Sportorganisationen im Verdacht standen, Verbotorganisationen für den roten Frontkampfbund zu sein, so ist das nur ein jämmerlicher Versuch, die wahren Absichten des Verbotens zu verstellen.

Die roten Sportorganisationen haben auch nicht das geringste mit dem verbotenen roten Frontkampfbund zu tun. Der Zweck dieser Verbotaktion ist nach außen hin ein Verbotsgesund zu schaffen. Die Arbeiter gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen behaupten, was wir zum „Verbot“ der RGO gesagt haben: Dieses „Verbot“, durch das der faschistische Terror keineswegs verhindert oder eingedämmt wird, wird von den Verantwortlichen zum Lachen genommen, zu verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse läßt sich nicht täuschen. In allen Betrieben, auf allen Stempelfeststellen, überall, wo Arbeiter zusammenkommen, müssen sie gegen den Anschlag auf die revolutionären Massenorganisationen protestieren. Die SPD. und Reichsbannerarbeiter haben durch die neuen Verbotaktionen Gr. Anklage und Seeverings ein anschauliches Beispiel dafür, wie der „Kampf“ dieser SPD-Führer gegen den Faschismus aussieht. Um so konsequenter aber müssen die Arbeiter ihren Kampf führen. Der Kampf gegen den Faschismus darf nicht erlahmen! Er muß noch gesteigert werden! Darum, Betriebsarbeiter, Erwerbslose, schließt euch zusammen in der roten Einheitsfront, schafft in allen Betrieben, an allen Stempelfeststellen, in allen Wohngebieten Schutzklassen gegen den faschistischen Terror!

Demonstriert euren Willen zur roten Einheitsfront, zum unvereinlichen Kampf gegen den Faschismus, indem ihr am 21. April kommunisten, Seite 4, wählt.

SPD. für sozialdemokratische Maiseier

Für die Arbeiterklasse muß der 1. Mai ein Kampftag sein

Breslau, 20. April. Die von Erbkampfführer des RGO behauptet, daß es nicht anders geht als mit der Partei des 1. Mai. Die Partei soll sich vorbereiten mit der SPD. eine Maiseier mit „Demonstration“ ohne Kampfpläne. Die Arbeiterklasse und die SPD. haben ja einen Willen. Die SPD. hat durch Ziegler gefordert, daß wenn ein Arbeiter der SPD. treue, dann auch einer von der SPD. sein muß. Es ist das nach seiner Meinung im Interesse der Arbeiter und Gewerkschaften und um die politische Neutralität der Gewerkschaften zu wahren, notwendig. Der Antrag Zieglers wurde abgelehnt.

Die SPD. beschließt sich am 1. Mai an der Maiseier der Hindenburggesellschaften. Für welche „Kampfbüchlein“ werden die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer „demonstrieren“? Für welche Demonstration der Reichsleitung und für das Beauftragte Seeverings? Das „kleinere Hebel“ und für den Arbeiterschaftsbüchlein des RGO, für die SPD. Arbeiter sollen mit in diese „Kampfbüchlein“ einbezogen werden.

Die SPD. Vertreter haben in der betreffenden Sitzung nicht geachtet, daß gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für die Verteidigung der Sowjetunion und Demokratie, für Massenstreik und den Sturz des kapitalistischen Systems, in den Sturz des Sozialismus demonstriert werde. Warum haben sie das nicht getan? Weil das ganz ihrer Politik entspricht!

Der 1. Mai 1932 ist eine entscheidende Etappe in der Sammlung der Massen, wo die herrschende Klasse ihre politischen Ansprüche gegen das Proletariat steigert, wo der faschistische Terror tagtäglich sich immer mehr ausbreitet und wo die Hindenburg immer wieder ihren Wortschrei gegen die revolutionäre Arbeiterklasse ausstößt.

August Reimann bei der „linken“ Filiale des Sozialfaschismus gelandet

Breslau, 20. April. In der gestrigen Ausgabe der „SAZ.“ gibt der aus der SPD. vor Wochen ausgeschlossene August Reimann seinen Beitritt zur Seydewitz-Partei bekannt. Wie jeder aus der SPD. wegen parteifeindlichen Verhaltens ausgeschlossene verflucht auch August Reimann seinen Beitritt zur „linken“ Filiale des Sozialfaschismus „politisch“ zu begründen.

Zuerst wollen wir noch einmal kurz feststellen, daß Reimann vor allem wegen provokatorischen Verhaltens aus der SPD. ausgeschlossen worden ist. R., der das Vertrauen der Partei besaß, hat dasselbe auf das gräßlichste mißbraucht, ist durch seine Handlungen zu einem offenen Parteifeind geworden. Und deshalb mußte auch August Reimann im Lager der Feinde des Proletariats, im Lager der Feinde der Sowjetunion landen.

Wie lägerlich R. in seinem Verleumdungsartikel gegen die SPD. hegt und verleumdet, dafür zwei Beispiele: R. behauptet, daß es trotz des Verrats der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer gelungen ist, die Betriebe für die „Eiserne Front“ zu gewinnen. Wie liegen die Dinge in den Breslauer Gemeinde- und Metallbetrieben? Dort hat nicht die SPD., sondern die SAZ. den stärksten Einfluß. Haben all diese Arbeiter den roten Arbeiterlandboten Ernst Thälmann gewählt? Nein! Und warum nicht? Weil diese Arbeiter durch die Politik der SAZ.-Führer, die einerseits ein Lippenbekenntnis für Thälmann abgegeben haben, während sie andererseits eine wilde Hege gegen die SPD. führten und weiter führen. Diese Arbeiter haben vor allem im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl sich der Stimme enthalten oder Hindenburg als das „kleinere Übel“ gewählt. Warum sollten sie auch letzteres nicht tun, wenn sogar Funktionäre der SAZ. ganz offen Wahlpropaganda für Hindenburg leisteten. Nur durch die verbrecherische Politik der SAZ. sind auch die SPD.-Arbeiter weiter in der Hindenburgfront gehalten worden.

R. behauptet trotz besseren Wissens, daß durch seinen Ausschluß aus der SPD. die schlesische Organisation vollständig zertrümmert worden ist. Wir stellen hierzu fest, daß in die Partei allein in den letzten Wochen und Monaten 2000 neue Mitglieder eingetreten sind. So steht die „Zertrümmerung“ der SPD. in Wirklichkeit aus!

Welche Meinung hatte seinerzeit Reimann nach dem Metallarbeiterstreik vorigen Jahres über Ziegler? Ziegler hat den Streik der Metallarbeiter verraten! Und jetzt soll nach Meinung R. Ziegler ein Revolutionär sein! Er spricht in seinem Artikel davon, daß die SPD. schuld sei, daß durch ihre Politik die gemeinsame Aktion der SAZ. und der SPD. zerfallen und somit die sich ausbildende Einheitsfront aller Revolutionäre vernichtet worden ist. Die Echtein, Ziegler und Co. sind auf einmal für R. Revolutionäre! Das widerspiegelt recht drastisch die politische Verleumdung dieses Parteifeindes, der wie alle anderen aus der SPD. ausgeschlossenen diese mit Treu und Ehrlich bewirkt. R. spricht vom Selbstmord der deutschen Arbeiterbewegung, während wir feststellen möchten, daß nicht die deutsche Arbeiterbewegung politischen Selbstmord, sondern August Reimann diesen durch den Beitritt zur SAZ. begangen hat.

Der „Appell“ dieses politischen Spulanten an unsere Genossen wird, darüber muß sich R. klar werden, kein Gehör, sondern die Verachtung aller ehrlichen Arbeiter finden. R. ist der Meinung in seinem Schmachartikel gegen die SPD., daß ihr unsere Genossen und Genossinnen wegen seinem Schritt nicht begreifen werden. Diese feine „Sorge“ ist wirklich unangebracht! Die Mitglieder der SPD. werden diesen Schritt in das Lager der Arbeiterfeinde einzuschätzen wissen.

Wahltag am Sonntag um 17 (5) Uhr!

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Wahlzeit am Sonntag nicht wie bisher von 9—18 Uhr, sondern diesmal von 8—17 Uhr (5 Uhr nachmittags) festgesetzt wurde. Eine Ausnahme davon machen nur jene kleineren Gemeinden, die auch in den beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl ihre Wahlzeit nach den örtlichen Voraussetzungen verkürzten.

Du möchtest wissen

was heute alle in der Welt vor sich geht. Du wirst es nicht auch nicht vergessen, daß die bürgerliche und sozialdemokratische Zeitung dir nicht die Wahrheit sagt. Du mußt lesen,

wie

die verschiedenen von großen Not und Verelendung der breiten Massen ihre Leidenden erleiden, wie

man den Lohnabzug

in den Betrieben in den verschiedensten Formen vornimmt, und mit welchen Kampfmitteln und Methoden die Belegschaften die Anschläge der Unternehmer

verhindert?

Denn mußt du nur die

„Arbeiter-Zeitung“

lesen! — Beschle sie noch heute!

233 Neuaufnahmen für die Rote Hilfe

München, 19. April. Am vergangenen Sonnabend fand in München im Zirkus Krone eine von der Roten Hilfe einberufene Versammlung statt, in der Genosse Wille vom Zentralvorstand der Roten Hilfe sprach. Der Kistenraum war überfüllt; 233 Neuaufnahmen für die Rote Hilfe wurden gemacht.

Demonstration gegen Mussolini und Pilsudski

Bei der Aufführung des Theaterstückes „Die 100 Tage von Mussolini in Warschau“ kam es zu großen Demonstrationen gegen das faschistische Regime. In Flugblättern wurde auf gefordert, mit dem polnischen System Mussolinis Schluss zu machen.

Die RGO ruft zur Offensive aller Betriebe und Stempelstellen auf

Gegen den drohenden Abbau der Löhne, Unterstützungen und Sozialleistungen muß zum Angriff, als der besten Abwehr dieser Anschläge, übergegangen werden

Vom Reichs Komitee der RGO. wird uns geschrieben:

I. Die Taktik der Bourgeoisie

Trotz aller Vernebelung in den Zeitungen, in Reden von Ministern und Gewerkschaftsführern, daß die Regierung keinen neuen allgemeinen Lohn- und Unterstützungsabbau beabsichtigt, daß die Arbeiterschaft sich nicht von neuem durch leere Versprechungen einlassen lassen, wenn sie nicht, wie im Januar 1932, übertrumpft werden soll. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition alarmiert die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, daß die Bourgeoisie alle Maßnahmen vorbereitet, um unmittelbar nach den Wahlen am 24. April eine neue Senkung der Lebenshaltung der werktätigen Massen durchzuführen. Herr Stegerwald hat auf dem „Krisenkongreß“ des ADGB einiges über die vorzuziehende Taktik bei der diesmaligen Kapitaloffensive durchzuführen lassen. Der Verlauf des Krisenkongresses mit seinem Zerschlagungsmanöver der „Arbeitsbeschaffung“ zeigt, daß in der Grundlinie des geplanten Angriffs auf die Löhne, Erwerbslosenunterstützungen und Sozialbeiträgen geheime Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften bestehen und daß das Zusammenspiel mit verteilten Rollen und neuen Manövern bereits voll im Gange ist.

Wie „Preissenkung“ und „Mietensenkung“ die Leimrute waren, um die Arbeiter vom Kampf um den Lohn im Januar abzuhalten, so ist es diesmal die sogenannte „Arbeitsbeschaffung“ sein, die die wirklichen Pläne der Kapitalisten bis zum letzten Moment verbergen soll. Die RGO sagt den Erwerbslosen voraus, daß es die hoffnungslosester Glaube wäre, bei dem verhängnisvollen Fortgang der kapitalistischen Krise damit zu rechnen, daß durch die „Arbeitsbeschaffung“ der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie eine teilweise Wiedereinstellung in die Betriebe erfolgen werde.

Was planen die Kapitalisten?

„Elastizität“ und „Verfeinerung“ des Tariffsystems Betriebliche Sonderregelungen

In den Geheimbesprechungen Ende 1931 im Wirtschaftsbeirat wurden bei Mitarbeit der Industriellen und der reaktionären Gewerkschaftsführer von der Regierung Vorkämpfer ausgearbeitet, die bereits eine „elastische Angleichung der Tarifverträge an die Wirtschaftslage“ vorzählen. Der vorgelegene generelle Lohnabbau der Unternehmer soll jetzt auf differenzierte Weise, wie man dadurch mit Hilfe der Gewerkschaftsführer am leichtesten realen Kompromiss aus dem Wege zu gehen hofft, durchgeführt werden. Unter dem Schlagwort „Elastizität“ und „Verfeinerung“ des Tariffsystems soll den Unternehmern durch geschickte Bestimmungen (bei formeller Aufrechterhaltung von Scheintarifverträgen) die größte Bewegungsfreiheit in einzelnen Betrieben bei der Festlegung der betrieblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen sichert werden. Die Dreieinigkeit des kapitalistischen Lagers Unternehmer, Regierung, Gewerkschaftsführer plant folgende Verfeinerung aller großen Tarifgebiete in viele Teile, Festlegung von einander verschiedenartigen Tarifabläufe, um die Arbeiter jetzt und angreifen und getrennt schlagen zu können. Auf einer neuen Basis soll dann der Angriff in den Einzelbetrieben erfolgen, die als Präzedenzfall das Signal für die Niederdrückung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in ganzen Gruppen von Betrieben bzw. in dem betreffenden Gebiet oder in der betreffenden Industrie geben sollen. Für „notleidende Betriebe“ (welche Betriebe sind heute nicht „notleidend“?) soll es den Unternehmern gesetzlich erlaubt sein, besondere tarifliche Sonderbestimmungen einzuführen. Die Reformisten könnten also schreiben, daß sie den kollektiven Tarifvertrag „gerettet“ haben, aber der Unternehmer soll das Recht erhalten, untertarifliche Löhne zu zahlen und schlechtere Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Auf solche „Karoline“ im Ruhrgebiet waren die Direktion und der sozialdemokratisch-christliche Betriebsrat bereits so weit, einen vorläufigen Präzedenzfall durchzuführen (25prozentigen freiwilligen Lohnabbau bzw. drei Gratistage im Monat „zur Rettung des Betriebes“), bis ihnen der Streik der Belegschaft einen Strich durch die Rechnung machte. Es ist damit zu rechnen, daß in vielen Fällen Unternehmer und Gewerkschaftsführer jetzt versuchen werden, solche „freiwillige Betriebsvereinbarungen“ zu treffen.

„Angleichung“ der Löhne untereinander

Neben dieser Hauptlinie der Taktik der Unternehmer und ihrer Agenten in den Gewerkschaftsbüros, ihre Pläne betrieblich und geographisch kleinen Tarifgebieten differenziert durchzuführen, zielen sie jetzt auf eine Angleichung der Löhne auf die Basis der höchsten Lohnsituationen ab. Jetzt geht es um die „Anpassung der hoch überhöhten Löhne“ der Bauarbeiter und Gemeindegewerkschaftler. Der mit den reformistischen Führern einstimmig beschlossene Schiedsspruch für einen 10prozentigen Lohnabbau im Berliner Berggewerbe zeigt, daß die ADGB-Führer die von ihnen eingegangenen Geheimabmachungen strikt innehalten. Dasselbe werden sie ziemlich sicher bei den Gemeindegewerkschaften erleben. Ebenso wird der mit Hilfe der „Hammerhähne“ der Grube Paul II in Westdeutschland niedergelampfte Streik der Belegschaft der Grube „Siegfried“, daß die „Merke des Kapitalismus“ nach wie vor den offensiven Streikbruch durchzuführen gewillt sind. Nicht einmal zum Schein haben die Leipziger & Co. auf dem Krisenkongreß protestiert, als Herr Stegerwald seine Lohnabbautheorie der „Angleichung der Löhne“ entwickelte. „Um des Staates willen“, wie Leipziger sagte, werden sie ihre Katalinrolle gegen die Arbeiter bis zu Ende durchführen.

Angriff auf die Bestimmungen des Manteltariffes und andere

Die Kämpfe um den Manteltarif in fast allen Industrien zeigen, daß jetzt ein großes Anräumen mit all jenen sozialen Bestimmungen, Bestimmungen des Arbeiterrechtes usw., die die Ar-

beiter sich erkämpft hatten, einsehen soll. Der Angriff auf den Urlaub hat bereits eingeleitet. Jetzt soll folgen die Verschlechterung der Bedingungen für Astorarbeit, der Entschädigung der Schwerarbeit, oder gesundheitsgefährlicher Arbeit, Abbau von Kindergeld, Hausstandsgeld, Mietszuschüsse, Schulkleidung und von vielfältigen anderen Positionen.

In manchen Industrien soll das Krümpersystem eingeführt werden (besonders im Bergbau); die Rationalisierung verschärft werden, (Eisenbahn, Textil usw.); ein neuer Lohnabbau durch Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich oder Arbeitszeiterhöhung im Betrieb ohne Lohnausgleich durchgeführt werden.

Vorstoß gegen die Erwerbslosen- und Sozialversicherung

Regierung, Unternehmer und reaktionäre Gewerkschaftsführer sind sich darüber einig, die Erwerbslosen- und Sozialversicherung nach und nach ihres Versicherungscharakters ganz zu entkleiden und damit die Voraussetzungen zur Ausschaltung immer größerer Massen von Unterstützungsempfängern aus der staatlichen und behördlichen Unterstützung zu schaffen. Der erste Schritt soll die Zusammenlegung der drei Unterstützungsarten bei den Erwerbslosen in eine allgemeine Fürsorge sein. Das bedeutet eine neue, ungeheuerliche Verschlechterung der Unterstützungsbedingungen. Parallel geht unter dem Schlagwort der „Reorganisation der Gemeindefinanzen“ der Angriff mit dem Ziel der Entlastung der Gemeinden, von der Sorge für die Wohlfahrtserwerbslosen und ihrer allmählichen Überantwortung an die private Wohlfahrt.

Aus der Rede Stegerwalds auf dem Krisenkongreß ging klar hervor, daß die sogenannte „Arbeitsbeschaffung“ in der Hauptsache durch Erweiterung der Arbeitsdienstpflicht erfolgen soll, „um die Erwerbslosen von der Straße wegzubringen“. In Wirklichkeit soll die Arbeitsdienstpflicht ein Mittel sein, die Erwerbslosen durch den Zwang zur Arbeitsleistung bei Zahlung von untertariflichen Löhnen, bei drohendem Entzug jeglicher Unterstützung im Falle der Verweigerung von Dienstpflichtarbeit, fast in die Hände zu bekommen, und als Lohndrücker und Streikbrecher gegen die Betriebsarbeiter einzusetzen.

Arbeitsbeschaffungsmanöver geplatzt

War schon das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB auf der Basis gefährlicher, inflatorischer Vorschläge basiert, so hat Stegerwald ganz offen erklärt, daß zusätzliche Arbeit und erst recht Arbeit zu tariflichen Löhnen nicht in Frage käme und daß gegenüber dem ADGB-Plan „Nichtstun das kleinere Übel“ sei. Die Bourgeoisie gibt selbst den Bankrott ihrer ganzen Arbeitsbeschaffungsprogramme zu. Sie hat keinen solchen finanziellen Weg der „Anulierung der Wirtschaft“. Um so rückwärtsloser und brutaler wird sie zur Aufrechterhaltung ihrer Machtpositionen die Arbeiter bei den Löhnen, bei der Unterstützung und den Sozialleistungen angreifen und — wie das die Entwicklung der letzten Wochen zeigt — immer offener den verzweifeltsten Versuch machen, durch die Eingliederung in die Interventionsfront unter Führung des französischen Imperialismus gegen die Sowjetunion einen Ausweg zu finden.

II. Die Kampflinie der RGO.

Entsprechend den Lehren der Januarbewegung (siehe Resolution der Märztagung des Reichskomitees) muß in allen Industriezweigen das Schwergewicht auf die Organisierung der Kämpfe gelegt werden. Durch die Streitreifmachung jedes einzelnen Betriebes, durch die Mobilisierung der Erwerbslosen an jeder Stempelstelle muß auf dem Wege der Entfesselung kleiner Bewegungen und Streiks in den Abteilungen eine zielbewusste Linie der Erweiterung dieser betrieblichen Bewegungen und örtlichen Aktionen der Erwerbslosen in der Richtung der Verbreiterung zu Kämpfen von Gruppen, von Betrieben bzw. von ganzen Gebieten, bis zu großen Wirtschafts- und politischen Massenkämpfen, durchgeführt werden.

Offensive von jedem Betrieb und von jeder Stempelstelle aus

Was der RGO. und den roten Verbänden noch fehlt, ist der tüchtige Angriffsgestalt, der jede Gelegenheit, jeden noch so kleinen Konflikt zum Anlaß nimmt, um die Kämpfe der Arbeiter zu organisieren. Weg mit dem passiven „Warten“ auf die Tarifabläufe, auf die Tarifverhandlungen. Das ist Defensiv. Unsere Maßnahmen dürfen unter keinen Umständen sich nur auf die Abwehr der Generalangriffe des Klassengegners orientieren. In jedem Betrieb gibt es tagtäglich Zusammenstöße zwischen Unternehmern und Arbeitern. In jedem Betrieb gibt es viele Dinge, mit denen die Arbeiter nicht zufrieden sind. Heute ist es noch so, daß täglich Gelegenheiten verpaßt werden, wo die RGO-Anhänger bei Konflikten die Arbeiter in eine Bewegung für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen führen können. Jetzt, wo der Unternehmer durch den Angriff auf die Manteltarifbestimmungen den Arbeiter im Betrieb an Dutzenden von Stellen angreift, wo eine neue Welle großer Unzufriedenheit durch die Belegschaften geht, jetzt muß die RGO., müssen die Verbände sich an die Spitze der Massen der einzelnen Abteilungen und Betriebe stellen. Es droht durch die Verschlechterung der ganzen Sozialversicherung weiterer Abbau einer Anzahl sozialer Leistungen. Es gibt viele Möglichkeiten, z. B. beim Kampf um die Verbesserung der Arbeitsordnung, offen für Stellung zu nehmen und entsprechende Forderungen zu stellen.

Genau dasselbe trifft für die Erwerbslosen zu. Eine Kommune nach der anderen geht zur Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungen, zur Streichung der Zulagen usw. über. Schon droht der Städteetat mit neuen rigorosen „Sparmaßnahmen“ und Einstellung der Unterstützungen, und die Regierung bereitet neue Notverordnungen zur „Reform“ der Erwerbslosenversicherung, zur Frage der Arbeitsdienstpflicht usw. vor. Nur wenn es der RGO. gelingt, durch die tägliche Vertretung der kleinste Arbeiterinteressen eine Kampftatmosphäre zu schaffen, immer

mehr Teilerfolge durch den Kampf zu erkämpfen, dann wird es auf dem Wege über diese kleinen Bewegungen, die Voraussetzungen für die Entwicklung großer Kämpfe, gelingen, zur Abwehr der großen Schläge der Kapitalisten, zum Übergang der Arbeiterklasse zur Gegenoffensive gegen die Kapitalisten auf breiter Front zu kommen. Nur dank einer solchen offensiven Kampfideologie gelang es den polnischen und tschechischen Klassengenossen, ihre großen Kämpfe durchzuführen und Teilerfolge zu erzielen.

Der Kampf in den Betrieben und Stempelstellen muß unmittelbar und ohne Abwarten organisiert werden.

Nur wenn jede Betriebsgruppe und Erwerbslosenengruppe die aktuellsten Forderungen der Arbeiter in einer Plattform von Kampfbedingungen zusammenfaßt, wie sie den Bedürfnissen der Arbeiter in der einzelnen Abteilung, im gesamten Betrieb entspricht, werden sie aus der Defensiv in eine Angriffsstellung gegen die Kapitalisten kommen und durch die Vertretung und Durchsetzung dieser Forderungen oder eines Teiles davon das Vertrauen der Arbeiter gewinnen. Jeder Betrieb muß daher nicht nur die wichtigsten allgemeinen Forderungen seiner Industrie-Gruppe, sondern die konkreten speziellen Forderungen, wie sie der Lage im Betrieb und seinen einzelnen Teilen entsprechen, zur Grundlage des betrieblichen Kampfprogramms nehmen. Diese Forderungen müssen in den Abteilungsversammlungen von den Arbeitern selbst beschlossen werden. Bei dem Kampf um den Inhalt des Manteltarifvertrages ist es zwar nützlich, daß die einzelnen Industriegruppen einen eigenen Tarifvertrag der RGO. ausarbeiten. Im Vordergrund und für die Organisierung des aktuellen Kampfes müssen jedoch die wichtigsten, aktuellsten, populärsten Kampfbedingungen des Betriebes stehen.

Auf der Grundlage der von Arbeitern selbst aufgestellten Forderungen müssen in den Abteilungen die Betreuer zum vorbereitenden Kampfausschuß des Betriebes gewählt werden. Bei sorgfältiger Durchsicht des gesamten Betriebes findet dann die Wahl des betrieblichen Kampfausschusses entweder in einer Belegschafts- oder in einer Delegiertenversammlung des Betriebes statt. Nur wenn alle Betriebsgruppen der RGO. offensiv zum Angriff rufen, jetzt schon für bestimmte Forderungen Bewegungen organisieren und erfolgreich durchführen, dann werden sie auch imstande sein, die drohenden generellen Angriffe der Unternehmer erfolgreich abzuwehren.

Neben dem Abbau der Löhne, Unterstützung und sozialen Leistungen, ist eine der schlimmsten Folgen der kapitalistischen Krise die große Kurzarbeit und die ständige Drohung der Entlassung. Auch hier müssen wir jene passiven Tendenzen überwinden, als ob gegen Kurzarbeit und Massenentlassungen nichts gemacht werden könne. Wie bei der Organisierung eines Streiks kommt es auch hier darauf an, von den kleinsten Protestbewegungen, Handzetteln, Diskussionen in den Pausen, Hofversammlungen, kurzfristige Aktionen, Sprechhöre vor den Betrieben mit Hilfe der Erwerbslosen die Massen Schritt für Schritt an den direkten Kampf gegen die Kurzarbeit und die Massenentlassungen heranzuführen.

Persönliche Verantwortung, praktische Mitarbeit aller Leitungsmitglieder an der Kampfmobilisierung im Betrieb und auf der Stempelstelle.

Die Lehren der Januarbewegung zeigten, daß die Leitungen der RGO. eine ständige direkte Verbindung mit den Betrieben durch persönliche Mithilfe und tatsächliche Führung des Kampfes an den wichtigsten Punkten haben müssen. Die Aufgaben, wie sie in dieser Beziehung in der Resolution des Reichskomitees ganz konkret festgelegt wurden, müssen unbedingt durchgeführt werden.

Aktive und kühne Einheitsfront von unten

Die Mobilisierung der Massen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen kann nur bei Anwendung einer guten Einheitsfront von unten gelingen. Deswegen ist notwendig, daß die RGO.-Mitglieder und Funktionäre nicht an die sozialdemokratischen und christlichen Betriebsräte, an die Gewerkschaftsfunktionäre und an die unteren Leitungen der Verbände, an alle in den reaktionären Verbänden organisierten Arbeiter, an alle Unorganisierten, mit dem Angebot des gemeinsamen Kampfes auf Grund unserer Kampfbedingungen in der Frage des Lohnes, der Arbeitszeit, des Naziterrorismus usw. herantreten. Dazu gehört das offensivste Auftreten aller Anhänger der RGO. innerhalb der reaktionären Gewerkschaften, das Einbringen entsprechender Anträge für den gemeinsamen Kampf und die Entwicklung einer Oppositionsbewegung in diesen Verbänden.

Mobilisierung der gesamten RGO.

Um diese Linie des kühnen Angriffs in der gesamten RGO. durchzuführen, ist es notwendig, daß unter allen Umständen überall die Mitgliederversammlungen der Betriebsgruppen und Erwerbslosenengruppen der RGO. zusammenkommen, daß überall funktionierende Leitungen gewählt und der Kampfplan für die Arbeit im Betrieb und auf der Stempelstelle von der Mitgliedschaft beschlossen wird. Es darf in den nächsten Tagen keine Organisation, keine Leitung der RGO. geben, bei der nicht die unmittelbare Organisierung des Kampfes auf der Tagesordnung steht und entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. Die Führung des Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um höhere Unterstützung und Arbeitsbeschaffung zur Zurückzahlung jedes neuen Versuches eines Abbaus muß im Mittelpunkt der gesamten Arbeit der RGO. in ihrem Kampf gegen den imperialistischen Krieg, in der Durchführung des Erwerbslorentages, in der Massenagitation für die Wahl der kommunistischen Liste am 24. April und für die Organisierung des Weikampftages der Arbeiterklasse am 1. Mai stehen.

Die Lage erfordert, daß die RGO. auf der ganzen Linie der Betriebe und Stempelstellen zum Angriff übergeht.

Verrat unwirksam!

Der tschechische Heldenkampf ein internationales Streikbeispiel — Lebt aktive Solidarität!

Prag, 18. April. Trotz der durch argen Polizeiterror unterstützten Streikbrüchigkeit der Reformisten und der Faschisten geht der Streik im Brügger Revier auf allen großen Schächten hundertprozentig weiter. Lediglich auf einigen kleineren Schächten sind, wie die bürgerliche Presse mit offenen Wutausbrüchen feststellt, kaum 20 Prozent der Belegschaften den Verräterparolen gefolgt. Bei den Streikenden selbst herrscht große Begeisterung über die Geschlossenheit ihrer Aktion.

Im Ostrauer Revier ist zu den streikenden 19 Gruben eine weitere Zeche dazugekommen.

Die Regierung hat den Apparat der Zentralstreikleitung verboten und den Polizisten Anweisung gegeben, jedem Abfahrer den Fahradmantel aufzuschleifen, sowie der Verdacht besteht, daß er für den „ungeheuerlichen“ Streik tätig ist.

Die aktive Solidarität hat weiter gute Fortschritte. Die Großtauer Bergwerke führten einen einkündigen Proteststreik durch. In Reichenberg wurde durch eine Kundendemonstration die Freilassung der verhafteten Parteiführer erzwungen.

Polnische Arbeitslose fordern Brot

Warschau, 19. April. In Gdzisz versammelten sich die Arbeitslosen vor dem Rathaus und versuchten ihre Forderungen auf zupfällige Unterstützung vorzutragen. Als Polizei ankam, wurde sie mit einem Steinhagel empfangen. Es kam zu einem schweren Feuergefecht, wobei ein Arbeiter schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Zwei durch Steinwürfe verwundete Polizisten wurden weggeschafft.

Aktionen gegen imperialistischen Krieg!

Aufruf des Einheitskongresses der Kohlenarbeiter Europas.

Bergarbeiter, Kameraden! Der Weltimperialismus bereitet sich zu einem neuen Weltkrieg, zur Neuverteilung der Erde unter den großen kapitalistischen Mächten vor. Schon hat im Einverständnis mit den führenden Mächten des Völkerbundes Japan ein Bündnis mit Krieg überzogen und verliert durch täglich wachsende Provokationen die Sowjetunion in den Krieg zu ziehen. Es will für die anderen imperialistischen Verschwörer eine günstige Gelegenheit zum gemeinsamen Ueberfall auf das proletarische Vaterland herbeiführen. Der verkaufende Kapitalismus will durch den Krieg gegen die Sowjetunion sich selbst eine weitere Galgenfrist verschaffen. Die Imperialisten hoffen durch die Niederwerfung der Sowjetunion auch ihren eigenen Arbeitern eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Auf der Genfer Abrüstungskonferenz wurde Litwinow, der Vertreter der Sowjetunion wegen seiner Rede für den Frieden und seiner Vorschläge über Abrüstung von den Wortführern der Imperialisten verhöhnt.

In der Front der wilden Kriegshetze gegen die Sowjetunion stehen die Führer der Amsterdamer und der christlichen Gewerkschaftsverbände. Die verräterischen Führer dieser Organisationen bemühen sich nach Kräften, Ketter des kapitalistischen Unterdrückungssystems zu sein.

Japanisches Munitionsdepot erobert

Tokio, 19. April. In einem Außenbezirk von Tokio ist in den frühen Morgenstunden heute ein Munitionsdepot der japanischen Armee in die Luft geflogen. Durch den Luftdruck wurden 50 Häuser teilweise zerstört. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen. Ueber die Ursache verläutet noch nichts.

Rote Armee im Vormarsch

Schazghai, 13. April. Die Rote Armee in Südjapan hat das in der Nähe von Umon gelegene Lungon eingezwungen und befindet sich weiter im Vormarsch. Die bürgerlichen Berichte müssen das disziplinierte Auftreten der chinesischen Revolutionstruppen und den Jubel, mit dem sie von der Bevölkerung begrüßt werden, hervorheben.

Mukden, 19. April. Japan streut Gerüchte über die Zusammenziehung starker chinesischer Banditentrupps zwischen Chachin und Sachalin aus, um einen Vorwand zu haben, mit noch größerer Truppenmacht sich den Sowjetgrenzen zu nähern. Das japanische Kriegsministerium hat Anweisung gegeben, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um diese Truppen zu vernichten.

Mit den Slogans „Krieg bringt Arbeit“, „Der Krieg macht die Geldtasche der Arbeiter voller“, verlocken sie die Arbeiter, aktiv an der Erzeugung und dem Transport von Kriegsmaterial, mit dem die Werktätigen Chinas ermordet werden und der Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion eröffnet werden soll, teilzunehmen. Während alle anderen Industriezweige immer mehr zum Stillstand kommen, wächst die Rüstungsindustrie von Tag zu Tag, wird in den Großwerken der Kriegsproduktion Tag und Nacht gearbeitet und Überstunden gemacht. Heute wird der Arbeiter mit dem verbrecherischen Wadrum, „Krieg bringt Arbeit“, von der Vornehmung seiner Klasseninteressen weggedrückt, morgen wird man ihn in die Uniform stecken und als Kanonenfutter auf die imperialistischen Schlachtfelder schleppen.

Kapitalistischer Krieg bringt nicht Arbeit, sondern Sklaverei und Tod für die Arbeiterklasse.

Auch die Kohlenarbeiter werden an verschiedenen Plätzen für Kriegslieferungen mobil gemacht. Der fortgesetzte Lohnabbau und gesteigerte Entlassungen sollen den Bergarbeiter müde und kriegsbereit machen.

Das imperialistische Komplott gegen den Frieden, gegen die Sowjetunion und die Arbeiterbewegung muß an den Gegenaktionen der Arbeitermassen zerschellen. Gegen den imperialistischen Krieg kann man nicht mit leeren Phrasen kämpfen. Wer den imperialistischen Krieg verhindern will, muß täglich gegen die kapitalistischen Unterdrücker kämpfen.

Heute gilt mehr als je das Wort von Karl Liebknecht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Lande“.

Darum muß die revolutionäre Bergarbeiterklasse mit größter Energie an der Aufrichtung der proletarischen Einheitsfront arbeiten, um mit ihr auf jedem Schacht, in jedem Revier, in jedem Land alle Angriffe auf ihre Lebenseristenz zurückzuschlagen. Die Forderung der Arbeiter zur Erlämpfung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit, gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Entlassungen ist nicht nur der Weg zu Arbeit, Brot und Freiheit, sondern auch der Weg zu Frieden und Sozialismus.

Der Einheitskongress der Bergarbeiter Europas gelobt, mit aller Energie die Massen für diesen Kampf zu mobilisieren. Er fordert alle Bergarbeiter auf, sich diesem Kampf anzuschließen.

Landarbeiterstreik gegen Lohnraub

Warschau, 19. April. In den weißrussischen Wojewodschaften kam es gestern zu einem großen Streik der Landarbeiter fast aller Güter gegen die geplante generelle Lohnherabsetzung.

Sie fuhren weiter. Ein Sanitäter begleitete den Zug und kam des öfteren in das Abteil der Mädchen.

„Nichtschächchen gefällig, meine Damen“, witzelte er. „Nehmen Sie nur, das ist keine Gasgranate!“

Die Reisenden waren vornehme Bürgerstöcker. Ihre Väter dirigierten — Inhaber von Fabriken. Sie hatten es wohl kaum nötig, des Geldes oder des Essens wegen hinauszufahren. Nein, sie wollten etwas anderes. Etwas erleben! Wie schön mußte es sein, die Felder des Vaterlandes aus nächster Nähe zu sehen und ihnen gar mit helfen zu dürfen. Heldentum, das war ein Begriff, verbunden mit Orden und Ehrenzeichen. Und nicht nur das. Man liebt den Helden nicht nur wegen seines Ordens, sondern weil er ein starker Mann ist. Die Mädchen waren mannstoll. Ihre erotischen Gefühle und sexuellen Bedürfnisse kamen zu Hause nicht mehr auf ihre Rechnung. Die deutschen Jungfrauen und Frauen, die da hinausfuhren, brachten eine ganze Portion Gelüste mit.

Der Zug durchkreuzte das Saargebiet. Fuhr an Gruben und Fabriken vorbei. An Hochöfen und an himmelragenden Kaminen. Seltene Flammen töteten den Himmel. Funkenregen sprühte auf und erleuchtete die Nacht.

In der Nähe von Metz wurde zweimal Halt gemacht. Wieder mußten sie aussteigen und unterirdische Kriegerkeller aufsuchen, bis die Gefahr vorüber und das fremde Flugzeuggeschwader durch Scheinwerfer und Abwehrflüge vertrieben war. Die Fahrt ging weiter. Quise war nervös, etwas fopilos. Sie dachte einmal an Johann, ein andermal an die Jugendgenossen und dann an das, was kam. Die Fahrt dünkte ihr wie eine Ewigkeit.

Gegen Metzgen. Die Inlassen ihres Abteils lagen auf den Bänken im Isenbüchel, auf dem Fußboden, schliefen mit halb-offenen Mäulern, saßen zusammengesauert schnarchend in einer Ecke.

„Ebdan!“ Sie wurden zur Hauptkommandantur geführt. In dieser Kommandantur einer ehemaligen Volksschule herrschte ein häßliches und geldgieriges Treiben. Unteroffiziere mit ungeheuer wichtigen Mienen, Unterbeladen, stöhnten von einem Zimmer in das andere. Hunderte von Mädchen warteten in einem Vorraum auf ihre Abfertigung.

Wieder begann die übliche Prozedur wie in Koblenz. Fragebogen ausfüllen, Fragen beantworten, Vertrag unterzeichnen, und zum Schluß eine abermalige Untersuchung auf ansteckende Krankheiten. Auch gegen Cholera und Typhus wurden sie geimpft.

1. Mai im Lande des Sozialismus

Moskau, 18. April. In der ganzen Sowjetunion, in den Fabriken, Sowjetgütern, Kollektivwirtschaften, in den Sowjetpartei-, Gewerkschafts- und anderen Organisationen werden bereits rege Vorbereitungen für das internationale proletarische Fest getroffen, das in der Sowjetunion bekanntlich während zweier Tage — am 1. und 2. Mai — gefeiert wird.

In Moskau sind die Vorbereitungen für die künstlerische Ausschmückung der Stadt in vollem Gange. Die Pläne der Ausschmückung der Moskauer Plätze wurden bereits befristet. Die Ausschmückung der Moskauer Stadtteile wird die internationale proletarische Solidarität und den sozialistischen Aufbau veranschaulichen und gleichzeitig die Leistungen der betreffenden Stadtteile auf sämtlichen Gebieten der Volkswirtschaft und der Kultur in ihren Grundzügen zum Ausdruck bringen. Besonders bemerkenswert ist der „Aufmarsch der Giganten“, der auf einer der größten Plätze Moskaus die großen Neubauten der Sowjetunion durch plastische Darstellungen veranschaulichen soll. Moskau wird der Besuch einer großen Anzahl ausländischer Arbeiter erwartet. In Anbetracht dessen werden auf den roten Plätzen und an anderen Stellen Transparente und künstlerische Plakate in deutscher, englischer, türkischer und chinesischer Sprache aufgestellt.

Wahlsieg der KP. Oesterreichs

Wien, 19. April. In St. Pölten, der zweitgrößten niederösterreichischen Industriestadt, wurden die Gemeindevahlen durchgeführt. Das Ergebnis für die am Sonntag stattfindenden Wahlen werden ohne Folgen sein. Das Resultat ist folgendes: Sozialdemokraten 11 544 (13 023), 28 Mandate (28); Christlichsozialer 59 (6305), 12 Mandate (13); Nationalsozialisten 3333 (650), 6 Mandate (1); Kommunisten 627 (185) 1 Mandat (—).

Demnach ist es den Kommunisten gelungen, ihre Stimmzahl mehr als zu verdreifachen. Wenn man obige Ziffern mit dem Zahlenverhältnis, das die Gemeindevahlen im Jahre 1930 gegeben, vergleicht, so ergibt sich das Resultat, daß die Sozialisten bei weitem nicht in diesem Ausmaß gewonnen, und der stärkste Stimmengewinn bei den Kommunisten zu verzeichnen ist. Der Erfolg der Nationalsozialisten geht vor allem auf Kosten der Sozialdemokraten. Aus den Ziffern geht klar hervor, daß Tausende sozialdemokratischer Arbeiter, die von ihren Parteiführern in die Ausweglosigkeit getrieben wurden, nationalsozialistisch gewählt haben.

173 Goldfässer nach Frankreich

Zu Wochenbeginn sind aus Amerika 173 Goldfässer nach Frankreich eingetroffen. Der Wert des Goldes beträgt 280 Millionen Franken. Das Gold stammt aus Guthaben bei amerikanischen Banken, die die französischen Kapitalisten aus Besorgnis vor einer Entwertung des Dollars abgezogen haben.

Größte Bank Jugoslawiens zusammengebrochen

Belgrad, 19. April. Die erste kroatische Sparkasse in Agrarbezirk, die 3 Milliarden Dinar gleich 225 Millionen Mark betragen, ist zusammengebrochen. Der Zusammenbruch der Bank ist vor allem durch den völligen Bankrott der jugoslawischen Industrie verursacht. Millionen von kleinen Sparern sind schwer geschädigt.

Kurze Auslandsnachrichten

In Südpazifik sind nach Blättermeldungen eine Revolte der verelendeten Farmer ausgebrochen.

Im Irak sind schwere Unruhen gegen die englische Bedrückung ausgebrochen. Englische Bomberflieger wurden eingeleitet.

Die Regierung in Neuseeland will zur Befämpfung des Generalstreiks und der Arbeitslosenaktionen ein Sonderterrorgesetz annehmen, das sofort in Kraft treten soll.

In Pamplona in Spanien fanden schwere Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Monarchisten statt, wobei zwei Personen getötet wurden.



Fortsetzung.

Copyright by Rote Fabrik Berlin, 1932

Sie fühlte ein paar Mark in der Tasche und hielt die Fahrkarte in der Hand. Ein häßlicher Landsturmmann betrachtete das Gesicht.

Da wurde ihr erst bewußt, daß ein neuer Abschnitt ihres Lebens begann. Die Aufregung und der mittlerweile leere Magen machten sie ein wenig nervös.

Schrilles Pfeifen!

„Blödsinn hält der Zug. „Trier? — Sind wir schon in Trier?“ Alarmsternen heulten ahrenzerreißend durch die Nacht. Was war das? Alles schrie durcheinander: „Ein Anschlag!“ Ein Anschlagangriff!“

Als sie die Aufregung der anderen bemerkte, wurde sie ruhig. „Gott, das kennt man schon“, sagte sie geringschichtig zu ihrer Nachbarin, die ganz wild herumjuchelte.

Sie wurden in einen bombensicheren Untergrund gebracht. Zwei Stunden saßen sie da, zusammengedrückt wie englische Mäuse — während draußen feindliche Flieger die Stadt bombardierten. Es knallten Schüsse. Es ratterten Maschinengewehre. „Das ist die Fliegerabwehr“, sagte jemand. Sie hörten das Surren und Krachen und ab und zu erschütterten lichterliche Detonationen die Luft. Die Frauen keuchten und zitterten wie Eisenlaub.

Als die Gefahr vorüber war und sie wieder hinaus kamen, sprach man davon, daß nahe am Bahnhof in einem Hotel eine Bombe eingeschlagen habe und daß die Erde, der Keller und das untere Stockwerk aufgerissen sei.

Das war der erste Vorgeschmack von dem, was draußen kommen konnte.

Quise erhielt ihre Papiere und für einen Tag Prostant. Ich wußte sie endlich was sie war: „Schreiberin für eine Ortskommandantur“, stand auf dem Zettel und — „Bestatton Charleville“.

Es war nicht sehr weit. In Metz hatte sie sich in der Fahrhojshalle einige Zeitungen besorgt und lesend kam sie ans Ziel, ehe sie es vermutete. Jedoch blieb sie nicht in Charleville.

Ein Soldat stand vor ihr, betrachtete sie freundlich, beinahe liebevoll, wie einen schon lange erwarteten Besuch, geleitete sie an einen Wagen.

„Nehmen Sie Platz, Mademoiselle, ich bringe Sie dahin, wo Sie hingehören!“ — und dann ging's weiter.

Die alte französische Kutsche wurde von einem abgemagerten Gaul gezogen. Sie wackelte und kratzte beängstigend über holprige löcherige Chaussee.

„Wo geht's hin, Kamerad?“ rief Quise.

„Nach Loisy, Mademoiselle!“

Er rauchte vergnügt seine Pfeife, schnalzte mit der Zunge und sah sie verschmüht an.

„Schön hier, was?“

Sie fuhren durch eine trostlose Gegend. Graue Wiesen, ein paar dürftige Bäume, Biachfelder, von Unkraut überwuchert, das war alles, was sie sahen. Dann tauchten ein paar kleine Häuser auf mit Schindeln gedeckt, etwa zwanzig an der Zahl.

„Marie, Marie, das ist mein Name“

Den ich vom Regiment bekam!

Mein ganzes Leben lasse ich,

Fürs Regiment da sterbe ich ...“

Mit wahrer Inbrunst wurde dieses Lied von diesen Soldaten, jungen und alten, gesungen. Sie saßen in dem größten Raum der Ortskommandantur in Loisy. Sie waren am Morgen gekommen. Von vorne. Sanitäter. Sie hatten vierzehn Tage Ruhe, die tat ihnen bitter nötig. Sie saßen zusammen und sangen ein Soldatenlied nach dem andern. Von den „Wogelstangen im Walde“ und von der „Heimat, wo es ein Wiedersehen gibt“. Durch die Stube zog der Qualm der Tabakspfeifen. Es roch nach Leder und Schweiß.

(Fortsetzung folgt.)

Europa - Kongress der Bergarbeiter hat getagt

Zaarbrücken, 18. April. (Eig. Bericht.) Am Sonnabend wurde im Lubwigspark der vom Internationalen Komitee der Bergarbeiter einberufene Kongress der Kohlenarbeiter Europas unter großer Beteiligung der Arbeiterschaft mit den Delegierten aus den wichtigsten europäischen kapitalistischen Ländern durch den Genossen Zabolita eröffnet. Der Kongress steht ganz im Zeichen der revolutionären Einheit der Bergarbeiter auf Grund des Offensiv-Angriffes des Grundkapitals und für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion.

In der Eröffnungsansprache am Sonnabend ergriff als erster der Genosse Friedrich Hedert das Wort als Vertreter des Volkswirtschaftsreferats der KPD, der die Probleme der Weltwirtschaftskrise und des revolutionären Auswegs der Arbeiterklasse aus der Krise behandelte und sich insbesondere mit dem Kampf des internationalen Proletariats gegen den Krieg, für den Schutz Sowjetchinas und der Sowjetunion befaßte. Der Genosse Hedert wurde des öfteren von stürmischem Beifall unterbrochen, als er den grandiosen sozialistischen Aufstieg in der Sowjetunion dem Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft gegenüberstellte.

Nach ihm behandelte der Genosse Zabolita im Namen des Internationalen Komitees der Bergarbeiter in einer großangelegten Rede die nationale und internationale Lage und Erfahrungen in den verschiedenen Kämpfen gegen die Kapitalisten und deren reformistische und reaktionäre Stützen. Er kontroversierte die Kampfaufgaben, die in der gegenwärtigen Periode vor dem internationalen Bergbauproletariat stehen.

Die Eröffnungsansprache war ausgefüllt mit einer Reihe Begrüßungsansprachen der Vertreter der Delegationen aus den verschiedenen kapitalistischen Ländern, die sämtlich mit großer Begeisterung aufgenommen wurden. Zahlreiche Telegrammadressen wurden

beschlössen, von denen vor allem den Telegrammen an die streikenden nordböhmischen Kohlenbergarbeiter, an die streikenden Textilarbeiter von Wien, an den Kohlenbergarbeiterverband der Sowjetunion und an den Kongress der W. C. Z., Moskau, enthusiastisch zugestimmt wurden. Der Kongress überwiegt aus einer Sammlung den streikenden Bergarbeitern in Nordböhmen 225 Kronen.

In der Sonntagvormittagsitzung wurden die Begrüßungsansprachen fortgesetzt. Nach dem Referat der Genossen Albert Funk und Moffat-England setzte die Diskussion ein, an der sich bis zum Abend 26 Redner der ausländischen Delegationen beteiligten.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission waren insgesamt 125 Delegierte erschienen und 6 Vertreter der revolutionären Bergarbeiterverbände, die sich folgendermaßen zusammensetzten: Tschechien 6, Holland 3, England 6, Belgien 12, Frankreich 28, Spanien 1, Deutschland 34, Desterreich 1, Saargebiet 30, Polen 4. Davon sind organisiert: 89 in den revolutionären Verbänden, 19 in den reformistischen Verbänden, 10 in den christlichen Verbänden, 6 unorganisiert, 1 Syndikalist.

Außer diesen Delegierten sind an der Einreise verhindert: 1 Delegierte aus der Tschechoslowakei, 1 Delegierte aus Spanien, denen man die Ausreise nicht genehmigte, 1 Delegierter der italienischen Bergarbeiter, die in Belgien beschäftigt sind, 1 Delegierter der polnischen Bergarbeiter, die in Belgien beschäftigt sind.

Der einmütige Verlauf des Einheitskongresses der Kohlenbergarbeiter Europas dokumentiert erneut die Einheit der revolutionären Kämpfe der Kohlenbergarbeiter unter Führung der KPD. Von dem Kongress wird eine neue Welle der breitesten Massenmobilisation der Bergarbeiter für die Siebenstundenschicht und gegen den imperialistischen Krieg steigen müssen.

SWP.-Ortsgruppe kommt zur KPD.

In Steinbach (Taunus) erklärte der Kassierer der SWP.-Ortsgruppe, Genosse Lenz, in einer Versammlung der KPD im Auftrag der gesamten Ortsgruppe den Übertritt aller SWP.-Genossen zur Kommunistischen Partei. In dem kleinen Ort gehörten 7 Mann der SWP. an. Der Übertritt dieser Genossen zur KPD ist ein Zeichen der Stimmung in den Reihen der SWP.-Arbeiter, die den Verrat der Führer dieser konterrevolutionären Filiale der SPD nicht mehr mitmachen.

Das rote Berlin demonstriert im Lustgarten

Berlin, 20. April. (Eig. Drahtber.) Zu einem glänzenden Auftakt zu den Preußenwahlen wurde die gestrige Kundgebung der Kommunistischen Partei im Lustgarten. Seit den Demonstrationen im Vorjahre ist die Arbeiterschaft Berlins nicht wieder in solchen Massen aufmarschiert. Über 150.000 hatten sich unter einem Meer von roten Fahnen versammelt. Diese Kundgebung stellte alle Aufmärsche der KPD und „Eisernen Front“ in den Schatten.

Es wurde Abrechnung gehalten mit der Braun-Severing-Regierung. Die durchgeführte Kundgebung war ein Schlag gegen die SPD-Führer und ihre kapitalistischen Auftraggeber, die unaufrichtig vom Niedergang der KPD schwagen.

Auch in Breslau

Polizeiaktion gegen den Kampfbund gegen Faschismus

Breslau, 20. April. Gestern vormittag hat die TA unter der Führung des Kriminalkommissars Gahle im Büro des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Die Durchsuchungen erstreckten sich auch auf die Wohnungen der Funktionäre. Die Polizeiaktion ist von Severing angeordnet worden. Man gibt von Seiten der Polizei an, nach Material des verbotenen Roten Frontkämpferbundes zu suchen, während in Wirklichkeit zum Schutze gegen den Kampfbund, den man verbieten will, ausgeholt werden soll.

Dieser Schlag muß durch einen Massenbeitritt in den Kampfbund gegen den Faschismus pariert werden.

So vertritt die SWP. Mieterinteressen

Breslau. Die kommunistische Stadterverordnetenfraktion hatte in der Sitzung vom 21. März 1932 im Stadtparlament Anträge für die werktätige Arbeiterschaft eingebracht. Der erste Antrag wendete sich gegen die Mängel der Wohnungsfrage, Forderungen und Ermittlungen bei den Mietern der Mietungs-AG. Die SWP-Fraktion drückte sich vor einer harten Entscheidung und trat mit der SPD für Überweisung des Antrages an den Ausschuss ein. Was das bedeutet, dürfte euch Genossen durch die Praxis genügend bekannt sein. Der zweite Antrag lautet folgendermaßen:

Unterschiedene Stadterverordnete beantragen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sofort alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Beschlagnahme aller leerstehenden Wohnungen für die wohnungslose Bevölkerung durchzuführen, die leerstehenden Großwohnungen in Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen herrichten zu lassen.

Die so geschaffenen Wohnräume unverzüglich durch das Wohnungskommissariat der wohnungslosen werktätigen Bevölkerung zu verteilen.

Des weiteren eine Senkung der Mieten auf 100 Prozent der Friedensmiete durchzuführen und für Erwerbslose und minderbemittelte Bevölkerungsschichten die Senkung der Mieten auf die Hälfte dieses Satzes festzusetzen.

Die KPD und Genossen stimmten gegen diesen Antrag. Und die Leute treten jetzt vor die Arbeiterschaft und fordern von ihr, sich mit ihnen zur Verfügung der Stimme gibt. Sie wollen auch Mieterinteressen vertreten! Die Antwort auch auf diesen Verrat darf nicht ausbleiben. Wählt Liste 4 KPD!

Isoliert die bankrotten Agenten der SPD.

Unsere systematische Kritik an der „Theorie“ und Praxis der sogenannten „sozialistischen Arbeiterpartei“ vom Standpunkt des revolutionären Marxismus-Leninismus, hat die Reihen von der „SWP.“ in Verlegenheit gebracht. Sie merken mit Schrecken, daß unsere Argumente auf die Arbeiterschaft der SWP. nicht ohne Eindruck bleiben. Haben sie es zunächst vorgezogen, auf unsere Behauptungen zu schweigen, so sehen sie sich jetzt unter dem Druck ihrer Mitglieder gezwungen, auf unsere Argumente irgendwie zu antworten. Dies um so mehr, als die Kommunisten jede Gelegenheit suchen, auch ründlich in den SWP. Versammlungen die revolutionären Arbeiter über die Politik ihrer Führer aufzuklären und sich dem revolutionären Marxismus vertraut zu machen. Schwer in den Kreisen geübt in der Breslauer SWP. Führung, die Diskussionsrede unseres Genossen Wroble in der Sonntag-Versammlung am 13. April, am 18. April, und unser Bericht am Tage darauf in der „Arbeiter-Zeitung“.

Unfähig, unsere Argumente zu widerlegen, behilft sich die „SWP.“ mit dummdreisten Lügen, wie z. B. die Behauptung, wir hätten die öffentliche Prinzipienklärung „als theoretische Passiv für eine revolutionäre Partei anerkannt“. Dies sagt die „SWP.“ in der Nr. 50 vom 15. 1. zu schreiben, angelehnt an die Tatsache, daß wir noch am 12. April vor der Stadtwahl-Versammlung, am Dienstag, dem 12. April, in unserem Leitartikel vernichtende Kritik gerade an diesem Prinzipienprogramm geübt haben. Wir haben uns nachgewiesen, daß die SWP. bezüglich der Stellung zum sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion die konterrevolutionäre Union des Trotskismus bezieht und daß ihre Lippenbekenntnisse zur Verteidigung des Vaterlandes aller Werktätigen ein Lug und Trug sind. Die Stellungnahme ihrer Landtagsabgeordneten für die Severing-Polizei versucht das Wort mit der Behauptung zu behaupten, daß „in dieser Angelegenheit mit wirklichem Erfolg nur bei der Einheitsfrontstellung bezogen werden“ kann. Hier zeigt sich am anderen Ende der „parlamentarische Realismus“ der SWP. Im „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. April, in den Erklärungen für die kommunistischen Anträge im Landtag keine Stimmen mehr vorhanden; nach SWP.-Logik hätte man also überhaupt keine derartigen Anträge stellen dürfen! Daß diese Argumentation von den SWP. Abgeordneten selbst nicht ernst genommen wird, beweist ihre Unwissenhaftigkeit gegen Bewilligung der Polizeigelder für Braun-Kampfbund.

Tatsächlich sehen die SWP.-Führer Preußen als „kleineren Uebel“ an.

Das Schicksal in keiner Rede im Brief am 11 April auch unser Programm (vgl. „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. April). In der letzten Proklamation der SWP.: „Prolet, greif zu“ findet sich folgender Satz: „Die Polizeimittel des kapitalistischen Staates müssen gegen den Faschismus vertragen.“ Letzten Endes! Die

SWP.-Führer wollen also den Arbeitern einreden, daß Severing und seine Polizei zu recht den Faschismus bekämpfen, d. h. sie unterstützen den Wahlschwindel der Weis-Partei, den sie mit dem SWP.-Verbot beabsichtigt. In einer Linie damit liegt der Versuch der SWP., zu den Preußenwahlen mit den Severing und Co. eine Verbindung einzugehen, d. h. ihnen die Stimmen revolutionär gesinnter Arbeiter zu verschachern. Dergleichen ihr Eintreten für die Braunregierung bei der Abstimmung über die Geschäftsordnungszurückführung im Landtag, sowie durch Anwesenheit bei den Regierungsparteien ein beschlußfähiges Haus sichern lassen und dadurch die Obstruktion der Kommunisten sabotieren.

Daß die SWP. bei ihrem Eintreten für den Kapitalismus auch die Tribulationen unterstützt und den revolutionären Kampf gegen den ausländischen Imperialismus als „Nationalsozialismus“ beschimpft, nimmt nicht wunder.

An unseren Genossen liegt es, den SWP.-Arbeiter alle diese Tatsachen vor Augen zu führen und sie von dem Einfluß ihrer Führer in kameradschaftlicher Diskussion zu befreien. Die Wahlen am 24. April müssen ein sichtbarer Ausdruck für die Isolierung der bankrotten Agenten der Sozialdemokratie von den proletarischen Massen werden.

SWP.-Jauernid, ein elender Verleumder

Breslau. Am Sonnabend, den 16. April, hat in Vertretung eine von der SWP. einberufene öffentliche Versammlung zur Preußenwahl stattgefunden. Als Referent war der Verbandsherr Jauernid mit 70 bis 80 SWP.-Mitgliedern, die per Rad aus Breslau gekommen waren, erschienen. Die Rede J. war in der Hauptsache eine einzige Schreie gegen die Kommunistische Partei und ihre Führung und gegen die Sowjetunion, seinen Unterschied in der Gaunerpraxis der SPD- und KPD-Führer konnte man föhneln. Die politische Vertumptheit dieses SWP.-Führers kam so recht deutlich zum Vorschein. Die Lüge des „Vorwärts“, daß die Genossen Stalin und Molotow für die Begünstigung einer Hitlerdiktatur eintreten, während der Genosse Streiklini sich in einer Sitzung, die Anfang März in Moskau stattgefunden haben soll, dagegen ausgesprochen hat, gab er wieder. Er brachte ein „Protokoll aus dieser Sitzung“ zur Verfügung und betonte gleich hierüber, daß er im Schwagerwort mit noch mehr Material hierüber dienen werde. Die Sowjetunion sollte dieser schandigen Lüge in eine Linie mit der schändlichen Herrschaft in Italien, und betonte die „große Freundschaft“ zwischen Mussolini und Molotow. Von Genossen Thälmann schimpfte dieser Jauernid in der gemeinsamen Weise.

Genosse Paris, der in der Diskussion sprach, wies vorerst auf die Widersprüche im Referat Jauernids hin. Da Jauernid die öffentliche Polizei zu verteidigen versucht hatte, deshalb ging Genosse P. auf die Taten der Severing-Polizei ein. Das von J. vorgelesene „Dokument“, das aus einer der bekannten antikomunistischen Zeitschriften stammt, zeigte der Arbeiterschaft, daß die SWP. ihre „geheimen Argumente“ im Kampf gegen die KPD und die Sowjetunion aus der sozialdemokratischen Endelücke beziehe, und daß diese Führer, genau so politisch verkommen sind, als die SPD-Führer selbst. Genosse Paris wies auf verschiedene edle Dokumente der Partei hin, die bewiesen, daß einzig und allein die KPD, auch der Todfeind des Hitlerfaschismus ist und das die Partei den härtesten Kampf zur Verbindung einer Vaterlandsliebe führt. Das Gehändnis J., das er es angedeutet hat, daß seine Partei für Thälmann als Kandidaten eingetretten ist, zeigt der Arbeiterschaft, daß wir mit unserer Behauptung, daß das „Charakter für Thälmann“ nur ein Lippenbekenntnis und ein betrügerisches Einheitsfrontmanöver der SWP.-Führung ist, das richtige ist.

Der Genosse P. wandte sich vor allem an die SWP.-Arbeiter, die sich aus Breslau mitgebracht hatten — weil aus dem Ort selbst nur wenige zum Vorschein kamen — und verpflichtete die revolutionäre Bewegung, Jan. 1932, daß die Sowjetunion mit dem faschistischen Italien zu vergleichen ist; zeigte gerade an Hand dieses Dokuments auf, was für gefährliche Arbeiterfeinde die SWP.-Führer sind, und richtete an die SWP.-Arbeiter den Appell, mit diesen Verräten zu brechen und mit uns in roter Einheitsfront zu kämpfen, für den Sieg des Sozialismus.

Der Verleumder Jauernid bekam von einem jüngeren Parteigenossen der SWP., der in der Diskussion sprach, seine Redepfeifen. Dieser Genosse, behielt von dem ehrlichen Wollen, in den Reihen der SWP. für den Faschismus zu kämpfen, wandte sich sehr scharf gegen die Lüge des J. gegen die Sowjetunion und hob hervor, daß die Arbeiterschaft dieses Volkswort vernichten müsse.

Das Schlusswort benutzte J. nochmals zu einer Rede gegen die KPD. Er hatte keine Argumente, sich nämlich mit den Kommunisten auseinander zu setzen, sondern handelte direkt verbrochentlich in seinem Schlusswort, in dem er die lächerliche Behauptung aufstellte, er habe den Genossen Paris vor kurzem bei den Nazis gesehen! Damit meinte er, daß Genosse P. vor kurzem noch Mitglied der NSDAP war. Der Genosse P. ist seit Anfang 1932 ununterbrochen Mitglied der KPD und war auch vorher nie in der nationalsozialistischen Bewegung organisiert und tätig.

Und dieser Lügenheld gibt vor, für die Arbeiterinteressen einzutreten, für den Sozialismus zu kämpfen!

Jeder Tag ein Kampftag

Heute und morgen, täglich die Parole: Für ein rotes Preußen in einem freien sozialistischen Vaterland! Unser Kampftrief in die Mietkassernen, wo Proletarier am „kleineren Uebel“ der Braun-Severing verhungern sollen, mit der Preußenwahlzeitung der KPD.

„Rotes Preußen“

Zweifarbendruck 5 Pf.



